

# Frankfurter Allgemeine

ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Freitag, 28. Oktober 2011 · Nr. 251/43 D 1

HERAUSGEGEBEN VON WERNER D'INKA, BERTHOLD KOHLER, GÜNTHER NONNENMACHER, FRANK SCHIRRMACHER, HOLGER STELTZNER

2,00 € D 2954 A F.A.Z. im Internet: faz.net

## „Renten werden stärker erhöht als erwartet“

enn. BERLIN, 27. Oktober. Die Bezüge der mehr als 20 Millionen deutschen Rentner könnten im nächsten Sommer deutlich stärker steigen als bisher erwartet. Nach derzeitigem Stand ist im Westen mit einem Plus von 2,3 Prozent zu rechnen, im Osten von 3,2 Prozent. Dies kündigte der Präsident der Deutschen Rentenversicherung Bund, Rische, am Donnerstag in Würzburg an. Eine endgültige Entscheidung über die Rentenanpassung fällt die Bundesregierung indes erst im Frühjahr, wenn alle nötigen Wirtschaftsdaten vorliegen. Sollten sich die Prognosen bestätigen, erhielte ein Rentner nach 45 Beitragsjahren im Durchschnitt einen Zuschlag von monatlich knapp 28,50 Euro im Westen und 35 Euro im Osten. Der überraschend hohe Rentenzuschlag ist auf die gute Lohnentwicklung sowie den sogenannten Nachhaltigkeitsfaktor zurückzuführen, der in der Rentenformel das veränderte zahlenmäßige Verhältnis zwischen Beitragszahlern und Rentnern abbildet. Er wird die Rentenanpassung 2012 um etwa zwei Prozentpunkte steigern. (Siehe Wirtschaft, Seite 11.)

## Heute

### Ehrbare Kaufleute

Die Enthüllungen über eine Lustreise von Versicherungsvertretern hat dem Ruf der Branche geschadet. Das Vertrauen der Verbraucher ist ein hohes Gut. **Wirtschaft, Seite 22**

### Enttäuschte Usbeken

Schon während der Pogrome in Kirgistan vor anderthalb Jahren haben viele Usbeken das Land verlassen. Den Exodus wird auch die Präsidentenwahl am Sonntag nicht beenden können. **Politik, Seite 6**

### Kulturrepublik China

Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei beschließt eine „Vertiefung der Reformen des Kultursystems“. Die Partei ist ideologisch und kulturell nicht mehr so im Volk verankert wie früher. **Politik, Seite 6**

### Jugend ohne Perspektive

Trotz großer wirtschaftlicher Herausforderungen sucht die arabische Welt vor allem schnelle politische Stabilisierung. Reformen, die Wachstum und Arbeitsplätze brächten, bleiben aus. **Wirtschaft, Seite 14**

### Landung des Raumschiffs

Nach langem Hin und Her findet vor den Toren Delhis der erste Grand Prix Indiens statt. Der Formel-1-Zirkus und die Inder bestaunen sich wohlwollend – verstehen sich aber nicht. **Sport, Seite 31**

### Komplett ungefälschte Kunst

Bauschutt, Bleiminerale und eine Welt, die an den Wüstenplaneten aus „Star Wars“ erinnert: Ein Dokumentarfilm begleitet den deutschen Künstler Anselm Kiefer bei der Arbeit. **Feuilleton, Seite 36**

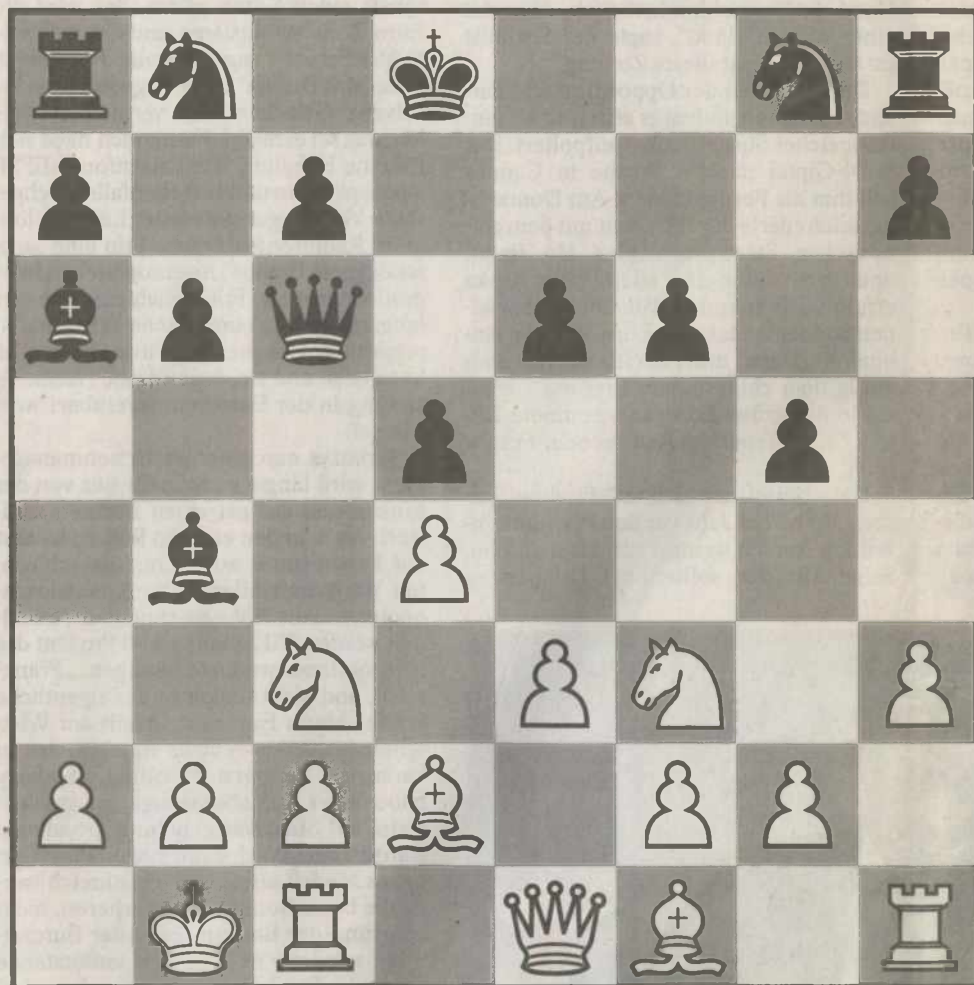
### Kaum Spuren

Die europäische Schuldenkrise und aufziehende Konjunktursorgen haben dem Geschäft mit deutschen Gewerbeimmobilien bislang allenfalls einen leichten Dämpfer verpasst. **Immobilienmarkt, Seite 43**

### Mitteilung des Verlags:

Immobilien- und Beteiligungsanzeigen auf den Seiten 27 sowie 44 bis 46. 6 Seiten Verlagsbeilage „Ostwestfalen-Lippe“

## Was wird hier eigentlich gespielt?



**Zug nach Nirdgendwo** – Es ist ja so eine Sache mit der Authentizität in Zeiten, in denen gerne und leider auch erfolgreich geglaubt wird, dass Menschen wie Schauspieler sind und kein Leben leben, das riecht und eigentlich stinkt, wie Sigmar Gabriel sagen würde. Da schadet es nicht, wenn hin und wieder einmal jemand wie der in der Rolle des letzten authentischen Menschen wie eingemauerte Helmut Schmidt darauf hinweist, dass besagte Authentizität ein tiefes Bedürfnis all jener ist, die vor lauter Lebensschauspielerei nicht mehr wissen, wer wer ist, und häufig auch nicht mehr, wer sie selbst sind. Ob es ihnen hilft, wenn sie Peer Steinbrück dabei zuschauen, wie er Zug um Zug Bücher mit Tamtam auf die Bühne wirft, um sich dem Publikum als politisches Supertalent zu empfehlen? Womöglich ist er ja, anders als die **Seiten 8 und 9**, nicht besser aufgestellt als seine weißen Figuren.

## Nach Brüsseler Beschlüssen Finanzmärkte erleichtert

Schuldenschnitt, Bankenrekapitalisierung, EFSF / Merkel zufrieden / Athen zuversichtlich

now. BRÜSSEL, 27. Oktober. Nach den Entscheidungen der Euroländer über ein umfassendes Paket zur Überwindung der Finanzkrise hat am Donnerstag in den EU-Hauptstädten wie auf den Finanzmärkten Erleichterung vorgeherrscht. Der in zähen Verhandlungen ausgehandelte Kompromiss sieht einen größeren Schuldenschnitt für Griechenland, eine Rekapitalisierung der daran beteiligten Banken sowie eine auf ein Finanzierungsvolumen von rund einer Billion Euro ausgeweitete Schlagkraft des Krisenfonds EFSF vor. Die Staats- und Regierungschefs äußerten sich in Brüssel zustimmend zu den vom italienischen Ministerpräsidenten Berlusconi in Brüssel erläuterten Plänen zur Haushaltsanpassung. Sie beauftragten jedoch die Europäische Kommission mit einer detaillierten Bewertung. Über viele Einzelheiten des Pakets müssen die Finanzminister der Eurogruppe

noch in den kommenden Wochen befinden. Im Dezember soll zudem EU-Ratspräsident Van Rompuy, der fortan die zweimal jährlich geplanten Gipfeltreffen der 17 Euro-Staaten leiten wird, Überlegungen zur weiteren Stärkung der wirtschaftspolitischen Zusammenarbeit sowie der Haushaltsdisziplin im Euro-Raum vorlegen. Es gehe auch darum, die Möglichkeit „begrenzter Vertragsänderungen“ zu diesem Zweck zu prüfen, sagte Van Rompuy am Donnerstag vor dem Europäischen Parlament in Straßburg.

Bundeskanzlerin Merkel (CDU) zeigte sich in Brüssel sehr zufrieden. Niemand habe erwarten können, dass sich sämtliche Probleme des Euroraums mit einem „Paukenschlag“ lösen ließen. Die europäischen Partner hätten jedoch gezeigt, dass sie die richtigen Schlüsse aus der Krise gezogen hätten. „Das ist hier ein Schritt auf dem Weg zu mehr Stabilität und einer Sta-

bilitätsunion“, sagte Frau Merkel. Der griechische Ministerpräsident Papandreu bezeichnete das Brüsseler Hilfspaket als Beginn einer „neuen Epoche“ für sein Land. „Lassen wir hoffen, dass das Schlimmste für Griechenland und Europa hinter uns liegt“, sagte Papandreu. Er könne sich allerdings nicht darauf festlegen, dass in Brüssel „die endgültige Lösung“ gefunden worden sei.

Die Aktienkurse an Europas Börsen erreichten am Donnerstag den höchsten Stand seit Anfang August. Der Euro-Kurs stieg erstmals in diesem Jahr über 1,40 Dollar. Bei Staatsanleihen verringerte sich die Schere zwischen dem Niedrigzinsland Deutschland und den Krisenstaaten Griechenland, Italien, Spanien, Portugal und Irland. (Fortsetzung und weitere Berichte Seite 2, siehe auch Seiten 3, 4 und 10 sowie Wirtschaft, Seiten 11, 16, 17 und 19 sowie Finanzmarkt 23 und 24.)

## Milde Urteile im Kölner Kunstfälscherprozess

Sechs Jahre Haft für Wolfgang Beltracchi / Gericht: Den Tätern wurde es leicht gemacht

swka. KÖLN, 27. Oktober. Im größten Kunstfälscher-Prozess der vergangenen Jahrzehnte um die erfundenen Sammlungen Jägers und Knops sind am Donnerstag nach nur neun Verhandlungstagen am Landgericht Köln die Urteile gesprochen worden. Richter Wilhelm Kremer sprach die vier Angeklagten wegen des „gewerbsmäßigen Bandenbetrugs“ schuldig. Die Strafen fielen erwartungsgemäß milde aus, nachdem sich Staatsanwaltschaft und Verteidigung nach umfangreichen Geständnissen der Angeklagten auf ein schnelles Ende des Verfahrens verständigt hatten.

Der „Spiritus rector“ der Bande, Wolfgang Beltracchi, der zugegeben hatte, innerhalb von zehn Jahren 14 Gemälde von berühmten Künstlern der Moderne ge-

fälscht und für mehrere Millionen Euro in den Kunstmarkt gebracht zu haben, erhielt mit sechs Jahren Haft die höchste Strafe. Seine Frau Helene muss vier Jahre in Haft. Otto Schulte-Kellinghaus, der für die Vermittlung einiger Werke in den Kunstmarkt verantwortlich ist, wurde zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt. Die Strafen werden im offenen Vollzug verbüßt, das heißt, die Verurteilten dürfen sich tagsüber frei bewegen. Helene Beltracchi Schwester Jeanette Spurzem, die die Verhandlungen mit dem Kölner Auktionshaus Lempertz geführt hatte, erhält ein Jahr und neun Monate auf Bewährung.

Richter Wilhelm Kremer antwortete in seinem Schlusswort unmittelbar auf Kritik, durch die Verständigung der Parteien

habe nur ein Bruchteil der Fälschungsfälle geklärt werden können; zudem seien keine Zeugen gehört worden. Der Richter zeigte sich davon überzeugt, dass der Prozess dennoch die größte Dimension des Vergehens zumindest juristisch abdecke, da es irrelevant sei, ob man über vierzehn oder die bekannten fünfundsünfzig Fälschungen zu entscheiden habe. Schließlich würdigte er besonders das „gewichtige Geständnis“ von Wolfgang Beltracchi und, dass er niemals die Schuld auf andere „abgeladen“ habe. Er betonte zudem abermals, wie leicht es für die Beltracchis war, die Werke in den Kunstmarkt zu schleusen und Auktionshäuser, Galeristen sowie Experten zu täuschen. Deren Blick sei wohl „etwas getrübt“ gewesen. (Siehe Feuilleton, Seite 33.)

## Ermittlungen in Kroatien gegen Regierungspartei

kps. RIJEKA, 27. Oktober. Die kroatische Staatsanwaltschaft ermittelt gegen die regierende konservative HDZ wegen des Verdachts, sich aus Bestechungsgeldern finanziert zu haben. Das bestätigte Ministerpräsidentin Jadranka Kosor am Donnerstag auf einer Pressekonferenz, an der alle Mitglieder der Parteiführung der HDZ teilnahmen. „Dies ist ein außerordentlich schwieriger Augenblick im Leben unserer Partei“, sagte Frau Kosor. (Siehe Seite 4; Kommentar Seite 10.)

## Leutheusser: Privaten Kernbereich achten

F.A.Z. FRANKFURT, 27. Oktober. Bundesjustizministerin Leutheusser-Schnarrenberger fordert Konsequenzen aus der Enttarnung des Staatstrojaners. „Der Kernbereich privater Lebensgestaltung muss strikt geachtet werden“, sagte sie in einem Gespräch mit dieser Zeitung, an dem auch Mitglieder des Chaos Computer Clubs teilnahmen. Die Frage sei: Brauchen wir diese Instrumente? „Wir fangen gerade erst an, die Dimensionen zu begreifen.“ (Siehe Feuilleton, Seite 35.)

## Wieder Freispruch in Reichenhall-Verfahren

tr. MÜNCHEN, 27. Oktober. Das Landgericht Traunstein hat den Bauingenieur freigesprochen, der im Zusammenhang mit dem Einsturz der Eislaufhalle von Bad Reichenhall angeklagt war. Der Mann, der im Jahr 2003 der Halle einen „allgemein als gut zu bezeichnenden Zustand“ bescheinigt hatte, trage keine Mitschuld am Tod der 15 Menschen am 2. Januar 2006. Die Verteidigung erneuerte ihre Kritik an den damaligen Ermittlungen. (Siehe Deutschland und die Welt.)

## Das Kapital

Von Georg Paul Hefty

Die Rente ist nicht nur sicher, sie steigt auch noch. Das ist die Botschaft, die der Präsident der Deutschen Rentenversicherung am Donnerstag ins Land schickte. Es ist Zufall, dass die gute Nachricht gerade in den Tagen verbreitet wird, an denen landauf, landab die Sorge um die Werthaltigkeit des Euro zum Schlager geworden zu sein scheint. Der Unterschied zwischen den beiden Blicken in die Zukunft ist beachtlich. Der Ausblick auf die Rente beruht auf Berechnungen der Rentenversicherungsanstalt, die panischen Befürchtungen hingegen Quellen aus Vermutungen. Wo beide sich tatsächlich berühren (können), wäre der Punkt, an dem die Inflationsrate höher wäre als die Rentenerhöhung mit voraussichtlich 2,3 Prozent im Westen und 3,2 Prozent im Osten. Bis zum Frühjahr, wenn die Rentenerhöhung amtlich beschlossen werden muss, wird auch die Wahrheit über die Inflationsrate ans Licht gekommen sein.

Dass es Deutschland nicht schlecht geht, ist mehr noch als an der Steigerung der Renten an der wahrscheinlichen Senkung der Beitragssätze zur Rentenversicherung abzulesen. Deren

Einnahmen werden bald so hoch sein, dass sie nicht nur die höheren Auszahlungen decken, sondern auch noch die Rücklagen so stark auffüllen, dass diese – nach der gesetzlichen Maßgabe – geradezu überlaufen, also weit mehr als eineinhalb Monate Reserve bereitstellen. Dieses Ergebnis beweist, dass die Konjunktur im EU-Mitgliedstaat Deutschland kraftvoll und relativ dauerhaft ist.

Die gegenwärtige Konstellation scheint ein gewichtiges Argument für das Umlageverfahren in der staatlichen Rentenversicherung zu sein. Es ist leistungsfähig und aufs Ganze gesehen besonders widerstandsfähig gegenüber den seit mindestens vier Jahren mehr oder weniger auffälligen Wirrnissen globalisierter Finanzmärkte. Wäre das deutsche Rentensystem in Zeiten, in denen das Hohelied der Deregulierung der Finanzwirtschaft gesungen wurde, auf Kapitaldeckung umgestellt worden, wäre jetzt die psychologische Lage im Lande noch ungleich gereizter als ohnehin. Es würde die Kanzlerin gewaltige Mühe kosten, den Bürgern klarzumachen, dass deren Renten von den Turbulenzen unberührt blieben. Das Vertrauen in die Solidargemeinschaft und die Leistungsfähigkeit der nachfolgenden Generationen in Deutschland sind – auf absehbare Zeit – das verlässlichste Kapital der Rentenversicherung.

## Deutschland im Fokus

Von Günther Nonnenmacher

Es ist mehr als fraglich, ob viele Leute, über deren Steuergelder da entschieden wurde, verstanden haben, worüber im Bundestag am Mittwoch gesprochen und was in einer Brüsseler Nachtsitzung danach beschlossen wurde. Die Summen, um die es geht, sind so gigantisch, dass sie die Vorstellungskraft sprengen, die finanztechnischen Einzelheiten so kompliziert („Hebelwirkung“, „Verstärkungslösung“), dass sie nur für Fachleute zu begreifen sind. Ein Effekt dieser Konzentration auf die Rettung der Gemeinschaftswährung Euro (mit samt der Nebelkölpe, die dabei auch geworfen werden) ist es, dass politische Veränderungen, die in den vergangenen Wochen und Monaten in der EU stattgefunden haben, kaum zur Kenntnis genommen werden.

Noch am sichtbarsten waren die Auswirkungen, welche die Währungsunion als „Schicksalsgemeinschaft“ auf nationale Regierungen hatte. In Irland und Portugal wurden Sparpakete aufgelegt, die sich für die Regierenden als Selbstmordprogramm erwiesen: Sie wurden abgewählt. In Spanien hat der sozialistische Regierungschef wegen der Sparanstrengungen die Parlamentswahl vorziehen müssen; sie wird ihm vermutlich das gleiche Schicksal bescheren. Die griechische Regierung, die ihren Bürgern das meiste zumutet, ist faktisch entmündigt und steht angesichts innerer Unruhen mit dem Rücken zur Wand. Die slowakische Regierungskoalition ist im Streit über die Rettungspakete auseinandergebrochen. In Italien beschleunigt die Schuldenkrise das Ende der Ära Berlusconi. Andere Regierungen können sich nur deshalb über die Runden retten, weil ihnen in nächster Zeit keine Wahlen bevorstehen; doch aufgeschoben ist – beispielsweise in Frankreich – nicht aufgehoben.

Vom Gipfelnebel verdeckt hat sich auch die EU verändert, nämlich nun definitiv zu einer Gemeinschaft der zwei Geschwindigkeiten. Die Eurozone wird künftig nicht mehr nur faktisch der innere Kern der Integration sein, sie wird auch eigenständige Institutionen erhalten. Die sogenannte Wirtschaftsregierung der Regierungschefs unter dem Vorsitz des Präsidenten Van Rompuy (der formal die Verbindung zum Europäischen Rat der 27 Mitglieder herstellt), ist dabei gar nicht die entscheidende Größe. Dagegen ist ein ständiges Gremium von Staatssekretären mit einem hauptamtlichen Vorsitzenden, der einen Mitarbeiterstab bekommt, zweifellos der Grundstein einer künftigen „Fiskalunion“ (Finanzminister Schäubel).

Die Regeln, die sich diese geben wird, sind in der Diskussion alle schon aufgetaucht: Das reicht von einer Härtung der Stabilitätskriterien, je national zu verankernden Schuldenbremsen bis hin zu Durchgriffsrechten und Sanktionsmöglichkeiten. Dass es über die dafür notwendigen Vertragsänderungen noch Streit ge-

ben wird, kann man jetzt schon gestrost voraussagen.

Eine institutionelle Verschiebung ergibt sich aus der Art und Weise, wie der Rettungsprozess bisher abgelaufen ist. Es waren die Nationalstaaten, die ihn mit den beiden ökonomischen Schwergewichten Deutschland und Frankreich an der Spitze vorangetrieben haben; die EU-Kommission hat dabei höchstens eine helfende Rolle gespielt, die ihn mit den übrigen in Paris und Berlin zeitweise als störend empfunden wurde. Und das ist auch schon der nächste Punkt: Zum Unwillen vieler kleinerer (und auch mancher großer) Mitgliedsstaaten, die in der Kommission stets ihren Schutz und ihre Interessenvertretung sahen, ist die gesamte Rettungsaktion von Frankreich und

In Brüssel wurde der Grundstein einer Fiskalunion gelegt.

Deutschland gesteuert worden. Wenigstens in ökonomischen Fragen zeigt sich, dass die formale Gleichheit der Staaten selbst dort auf dem Papier steht, wo einstimmige Beschlüsse gefasst werden müssen: Am Schluss bestimmen diejenigen, die (am meisten) bezahlen.

Das rückt natürlich Deutschland in den Fokus. Dass diese Exponiertheit nicht nur positive Seiten hat, lässt sich in Griechenland beobachten, aber nicht nur dort. Die harten Maßnahmen, mit denen die Regierung in Athen versucht, aus der über Jahrzehnte selbstverschuldeten Misere herauszukommen, werden ausgerechnet jenem Land, das zur Lösung finanziell am meisten beiträgt, als „Frau Merkels Diktat“ angelastet. In der Tat hat Berlin, aller ordnungspolitischen Kritik zum Trotz, bei der gegenwärtigen Reform, die vermutlich einmal als die weitestgehende in der bisherigen EU-Geschichte bezeichnet werden wird, viel durchgesetzt und Europa seinen Stempel aufgedrückt. Der „Hebel“, mit dem das erreicht wurde, lässt sich populär und einfach beschreiben: Wer einen Deutschland vergleichbaren Wohlstand genießen will, muss sich den Methoden und Mitteln anbequemen, mit denen Deutschland seinen Wohlstand erarbeitet hat und erhalten will. Auch darüber wird es noch Streit geben, weil das gegen manche nationale Bequemlichkeiten geht und den Nationalstolz verletzen kann.

Politische Auswirkungen hat die Schuldenkrise auch in Deutschland. Kaum je zuvor hat das Parlament, angespornt vom Bundesverfassungsgericht, einer Regierung so viele Kompetenzen abringen können, wie das im Verlauf dieses Prozesses geschehen ist. Es ist zu hoffen, dass dies – über die Europapolitik hinaus – die Legitimität politischer Entscheidungen in Deutschland stärkt.



Briefe an die Herausgeber ..... 40  
Immobilienmarkt ..... 43  
Impressum ..... 4  
Deutschland und die Welt ..... 8  
Der Sternhimmel ..... 9

Das Kreuzworträtsel ..... 9  
Zeitgeschehen ..... 10  
Wirtschaft ..... 11  
Die Ordnung der Wirtschaft ..... 12  
Unternehmen ..... 15

Menschen und Wirtschaft ..... 20  
Branchen und Märkte ..... 21  
Wetter ..... 22  
Finanzmarkt ..... 23  
Kurse ..... 26

Sport ..... 31  
Feuilleton ..... 33  
Kulturkalender ..... 37  
Medien ..... 41  
Fernsehen und Hörfunk ..... 42

Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH; Abonnenten-Service: 0180 - 2 34 46 77 (6 Cent pro Anruf aus dem dt. Festnetz, aus Mobilfunknetzen max. 42 Cent pro Minute). Briefe an die Herausgeber: leserbriefe@faz.de  
Belgien 2,70€ / Dänemark 20dkr / Finnland, Frankreich, Griechenland 2,70€ / Großbritannien 2,70€ / Irland, Italien, Luxemburg, Niederlande 2,70€ / Norwegen 28kr / Österreich 2,70€ / Portugal (Cont.) 2,70€ / Schweden 27skr / Schweiz 4,80sfr / Slowenien 2,70€ / Spanien, Kanaren 2,70€ / Ungarn 690Ft



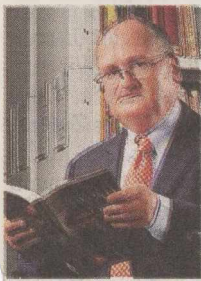
STREIFZÜGE

Trier

Blut und Spiele

In der Fachwelt ist Martin van Creveld bekannt als Militärhistoriker von Rang. Abseits kriegshistorischer Werke etwa über die Wehrmacht ist der 65 Jahre alte Wissenschaftler auch durch provokante Thesen in der Geschlechterdebatte bekannt geworden.

Mit seiner in Buchform gegossenen These von der Jahrhunderte währenden angeblichen Bevorzugung von Frauen gegenüber Männern profilierte sich van Creveld als Anti-Alice-Schwarzer. Ein Ruf, der dem Historisch-Kulturwissenschaftlichen Forschungszentrum (HKFZ) der Universität Trier jedoch offenbar verborgen blieb, als es den Historiker als Visiting Fellow an die Mosel einlud. Der in den Niederlanden geborene und 1950 mit seinen Eltern nach Israel ausgewanderte Wissenschaftler hat dort nun mit seinem Vortrag über „Männer, Frauen, Kriegsspiele und Kultur“ Aufruhr verursacht.



Martin van Creveld

Nach einem Beschwerdebrief des Allgemeinen Studentenausschusses (Asta) unter anderen an die rheinland-pfälzische Bildungsministerin Doris Ahnen (SPD) trennte sich die Universität vorzeitig zum 1. November von Creveld. In seinem Protestschreiben hatte der Asta den Vortrag des Professors aus Jerusalem als „frauenfeindlich, militaristisch, latent antisraelisch, nicht zuletzt vulgärwissenschaftlich und methodisch primitiv“ angeprangert. Vor rund fünfzig Studenten hatte van Creveld am 17. Oktober nach Angaben von Zuhörern unter anderem seine schon öfters variierte These wiederholt, Frauen genossen es, „dabei zuzuschauen, wie Männer sich gegenseitig abschlichten“. Thesen, die in der Stellungnahme des HKFZ zur Trennung als „schlichtweg und im strikten Sinne indiskutabel“ geißelt werden: „Hätten wir diese Seite der Publikationsaktivitäten von Herrn van Creveld vorher gekannt, wäre er nicht als Fellow eingeladen worden.“

Immerhin weist das Institut den Vorwurf des Asta als „unangemessen und unqualifiziert“ zurück, dass Creveld „militaristisch und latent antisraelisch“ sei. Dieser hatte schon vorher gespottet, dass es „lächerlich“ sei, einen Juden, der seit 61 Jahren in Israel lebt, als „latent antisraelisch“ zu bezeichnen. Er nehme jedenfalls aus Trier mit, „dass einige deutsche Studenten nichts aus der Bücherverbrennung von 1933 gelernt“ hätten. THOMAS HOLL

Heute

**Sternmarsch in Johannesburg**  
ANC-Jugendligaführer Malema will Banken verstaatlichen und weiße Landwirte enteignen. Seine Anhänger ziehen zur Börse in der südafrikanischen Metropole und zur Regierung nach Pretoria. **Politik, Seite 6**

Piraten nehmen Platz

Das neue Berliner Abgeordnetenhaus hat sich zur seiner 17. Wahlperiode konstituiert. Wo zuvor die FDP saß, sollen nun die Piraten sitzen. Die linken Grünen streiten mit ihrer Fraktion. **Politik, Seite 7**

Litigation PR

Dass Amanda Knox freikam, verdankt sie auch einer prozessbegleitenden Öffentlichkeitsarbeit. Der „Engel mit den Eisaugen“ ist nun das Unschuldslamm. **Deutschland und die Welt, Seite 8**

Hochwasser-„Feiertage“

Tausende Bangkokker fliehen derzeit aus der Hauptstadt. Thailands Politiker sorgen sich mehr um die Panik der Menschen als um das Hochwasser. **Deutschland und die Welt, Seite 8**

Ein Experiment

Auch in Marokko wird bald gewählt. König Mohammed VI. antwortet damit auf Proteste, die auch sein Land erfasst hatten; schon die neue Verfassung fand im Sommer eine große Mehrheit. **Zeitgeschehen, Seite 10**

Für alle Fälle

Josef Ackermann, als Schweizer der bekannteste Banker Deutschlands, begrüßt den jüngsten Brüsseler Beschluss zur Rettung Griechenlands. Die Deutsche Bank hat er gut geführt. **Zeitgeschehen, Seite 10**

Nach den Brüsseler Gipfeln Das Bangen um die Banken, um die Griechen – und um mehr

Ich Tarzan, du Zuschauer

Es ging um die Währung, um die Banken, um das Rating – für Sarkozy aber auch um sein Ansehen als Staatsmann.

Zurück in Paris, erstattet er dem Volk Bericht – nicht im Parlament, sondern im Studio.

Von Michaela Wiegel

PARIS, 27. Oktober. Vom Euro-Gipfel in Brüssel ist Nicolas Sarkozy am Donnerstag direkt in den französischen Wahlkampf zurückgekehrt. Die Ergebnisse der Nacht, die er als „globale, ehrgeizige und glaubwürdige Antwort auf die Krise“ bezeichnete, will der Präsident gegen die erstarkte Linksoption und gegen das wachsende Misstrauen seiner Landsleute aufbieten. „Europa ist gerettet“ und „Europa bleibt französisch“ lautet die doppelte Botschaft, die Sarkozy noch am Donnerstagsabend in einer eigens für ihn konzipierten Fernsehsendung zur besten Sendezeit vom Elysée-Palast aus Millionen von Fernsehzuschauern unterbreiten wollte.

Das Parlament war in Frankreich anders als in Deutschland nicht über die Gipfelziele unterrichtet, geschweige denn nach seiner Meinung gefragt worden. Die Abgeordneten der Nationalversammlung haben sich daran gewöhnt, erst im Nachhinein und oftmals nur unzulänglich von der Regierung über europäische Vereinbarungen und deren finanzielle Folgen informiert zu werden. Gegen ihre subalterne Rolle als Vollstrecker der Regierungsentscheidungen rebelliert die Mehrheitsfraktion nur sehr selten. Die Abgeordneten der Präsidentenpartei UMP sehen sich eher als verlängerter Arm der Exekutive. Derzeit berät die Nationalversammlung über einen Haushaltsentwurf, der aufgrund der nach unten korrigierten Wachstumserwartungen schon Makulatur ist.

Dafür zählt es längst zur demokratischen Tradition in Frankreich, dass sich der Staatspräsident nach wichtigen, die Nation betreffenden Entscheidungen direkt in Fernsehsendungen an seine Landsleute wendet. Trotzdem regte sich am Donnerstag Unmut über das Vorgehen Sarkozys, zum ersten Mal einer privaten

Produktionsgesellschaft die „direkte Kommunikation“ zwischen Staatschef und Bürgern zu übertragen. Die vom Präsidenten bestimmte Firma Maximal Production gehört seinem Freund Arnaud Lagardère, der einem von öffentlichen Aufträgen abhängigen Firmenimperium in der Rüstungs- und Luftfahrtindustrie vorsteht. Sarkozy hat auch die Journalisten persönlich ausgewählt, die ihn in seinem Amtsbüro im Elysée-Palast zur europäischen Staatsschuldenkrise befragen sollten. Für die Übertragung waren der staatliche Fernsehsender France 2 und der private Fernsehsender TF1 zuständig. Eine jüngste Erhebung des Meinungsforschungsinstituts Ifop ergab, dass 69 Prozent der Befragten unzufrieden sind mit Sarkozys Krisenmanagement auf europäischer Ebene.

„Sarkozy stellt sich wie üblich als Tarzan der europäischen Verhandlungen dar“, sagte der frühere sozialistische Wirtschaftsminister Michel Sapin. „Sarkozy mag laute Töne spucken, aber er hat Frankreichs Stimme geschwächt“, fügte Sapin hinzu, der dem sozialistischen Präsidentschaftskandidaten Hollande nahesteht. „Das Frankreich Sarkozys ist zum Juniorpartner Deutschlands bei europä-

ischen Verhandlungen abgestiegen“, sagte der frühere sozialistische Europaminister Pierre Moscovici, der Hollandes Vorwahlkampagne leitete. Sarkozy habe durch seine erratische Amtsführung ein Misstrauen genährt, das Frankreich am europäischen Verhandlungstisch schwäche, so Moscovici. „Wir wollen auch Hand in Hand mit Deutschland arbeiten. Aber mit einer soliden Hand“, sagte der Sozialist im Gespräch mit dieser Zeitung.

Den Attacken der Opposition will Sarkozy begegnen, indem er sein Bild als einflussreicher Staatenlenker aufpoliert. Der G-20-Gipfel nächste Woche in Cannes soll ihm als Forum dienen. Am Donnerstag telefonierte der Präsident mit dem chinesischen Staatspräsidenten Hu Jintao und sorgte dafür, dass alle Medien davon erfuhren. Frankreich will China über einen Sonderfonds in die Euro-Rettung einbinden. „Damit unterwerfen wir uns endgültig dem chinesischen Einfluss“, kritisierte der grüne Europaabgeordnete Daniel Cohn-Bendit im Radiosender France Inter.

Das chinesische „Diktat“ fürchtet Sarkozy ein halbes Jahr vor den Präsidentenwahlen freilich weniger als das deutsche. Seine Minister sollten am Donnerstag



Hangeln zwischen Paris und Brüssel: Sarkozy am Mittwoch beim Gipfel

Foto Reuters

SPD: Der Schnitt ein guter Schritt

Positives Echo in Berlin / Weidmann sieht Hebel „mit Sorge“

enn. BERLIN, 27. Oktober. Die Ergebnisse des Euro-Gipfels haben in der deutschen Politik ein überwiegend positives Echo gefunden. Auch die Opposition hielt sich mit Kritik zurück. SPD-Generalsekretärin Andrea Nahles sprach am Donnerstag von einem „guten Schritt, um Griechenland zu retten“. Sie verband die Zustimmung aber mit Kritik an Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU): „Den Schuldenchnitt hätte man früher machen müssen, das wäre dann weniger riskant geworden“, sagte Nahles. Sie forderte abermals die Einführung einer Finanztransaktionssteuer. Der Grünen-Vorsitzende Cem Özdemir sagte: „Das ist eine deutlich bessere Lösung als alles, was wir bislang hatten.“ Jetzt müsse es weitere Maßnahmen geben, damit „die griechische Volkswirtschaft auf die Beine kommt“. Grünen-Fraktionschef Jürgen Trittin sagte, die Ausweitung des Rettungsschirms schaffe die Voraussetzung, „um den unvermeidlichen Schuldenchnitt für Europa zu organisieren, ohne dass es zu einer neuen Finanzkrise kommt“. Allerdings steige damit das Ausfallrisiko für den Haushalt.

Der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel äußerte Zweifel am Willen der Banken, sich im Zuge des Schuldenerlasses stärker in die Haftung nehmen zu lassen. Auch der FDP-Haushaltspolitiker Otto Fricke gab zu bedenken, es sei noch nicht sicher, ob „die privaten Gläubiger auch auf die

den Eindruck ausräumen, Frankreich habe sich in Brüssel deutschen Vorschlägen beugen müssen. Finanzminister François Baroin sagte im Radiosender RTL, Frankreich habe Vorstellungen durchgesetzt, die vor einigen Jahren noch undenkbar gewesen seien. „Das wird uns aus den Turbulenzen führen, das wird der Wirtschaft einen Schub geben, das wird die Euro-Zone stabilisieren und das weltweite Wachstum“, sagte Baroin. Frankreich habe „das Drama“ einer ungeordneten Insolvenz Griechenlands vermeiden wollen, das sei erreicht. Frankreich habe sich für eine Hebelung des Krisenfonds EFSF ausgesprochen und sich ebenfalls durchgesetzt. Verteidigungsminister Longuet lobte im Radiosender France Info eine „entscheidende Etappe“ im europäischen Integrationsprozess. Frankreich plädiere seit langem für eine europäische Wirtschaftsregierung. Longuet begrüßte, dass eine haushalts- und steuerpolitische Harmonisierung in der Eurozone vereinbart worden sei.

Sarkozys europäisches Krisenmanagement wird längst nicht mehr nur von der Linken und der extremen Rechten kritisiert. Auch in den eigenen Reihen wächst der Pessimismus angesichts der schlechten Wirtschaftsbilanz. Die Arbeitslosenquote ist in die Höhe geschossen, die Schulden werden 2012 mehr als 90 Prozent des Bruttoinlandsprodukts betragen. „Frankreich, und nicht Italien ist der eigentliche kranke Mann Europas“, urteilt der Wirtschaftshistoriker Nicolas Baverez, der zu Sarkozys Beraterstab zählte. Sarkozy habe in der Aufgabe versagt, das gescheiterte, auf Staatsverschuldung gründende französische Wachstumsmodell durch ein neues Modell abzulösen. Frankreich werde die beste Bonitätsnote verlieren, nicht aufgrund der Banken- oder der Eurorettung, sondern weil es sich außerstande zeige, die Staatsausgaben zu senken, argwöhnt Baverez.

Sarkozy wollte seinen Fernsehauftritt auch nutzen, die Franzosen auf neue Sparmaßnahmen einzustimmen. Doch eine Blut-, Schweiß- und Tränenrede solle niemand erwarten, hatte der Elysée-Palast schon vorher durchblicken lassen. Der Präsident wolle den Franzosen vielmehr zeigen, dass er sie im Vergleich zu den Griechen, Spaniern, Italienern und Iren „vor dem Schlimmsten“ bewahrt habe.

Fortsetzung von Seite 1

Erleichterung und Zuversicht

In den vergangenen Wochen hatte sich immer deutlicher gezeigt, dass der Ende Juli in Aussicht gestellte Verzicht der privaten Gläubiger auf 21 Prozent der Forderungen bei griechischen Staatsanleihen nicht ausreichen werde. Mit Hilfe des nun vereinbarten Schuldenschnitts von nominal 50 Prozent soll die griechische Staatsverschuldung bis 2020 von knapp 170 auf dann 120 Prozent der Wirtschaftsleistung sinken. An den Lasten der privaten Gläubiger sollen sich die Euro-Staaten mit bis zu 30 Milliarden Euro beteiligen. Dieser Betrag kommt zu dem am Sonntag in Aussicht genommenen, bis zu 100 Milliarden Euro umfassenden neuen mehrjährigen Programm von Europäischen Union und Internationalem Währungsfonds für Griechenland hinzu.

Mit den Vertretern des Weltbankverbands IIF verhandelten unter anderen Frau Merkel, Van Rompuy, der französische Präsident Sarkozy sowie EU-Kommissionspräsidenten Barroso. Der IIF-Präsident und Vorstandsvorsitzende der Deutschen Bank, Josef Ackermann, sprach von einem „befriedigenden Ergebnis“. Zuvor hatten die Staats- und Regierungschefs ein Hilfspaket beschlossen, das es den Banken erleichtern soll, den Schuldenschnitt für Griechenland zu bewältigen und eine „Kreditklemme“ wie im Herbst 2008 zu vermeiden. Zu diesem Zweck sind Kapitalerhöhungen um 106 Milliarden Euro geplant. Ende September 2012 sollen die Banken eine harte Kernkapitalquote („core tier 1“) von neun Prozent aufweisen. Die erforderlichen Mittel sollen sich die Banken vorrangig durch Rückgriff auf private Kapitalquellen sowie durch Beschränkungen bei Dividenden- sowie Bonuszahlungen für Mitarbeiter besorgen. Allerdings sollen gegebenenfalls auch einzelne Staaten oder die EFSF den Banken Darlehen gewähren können.

Es bleibt beim derzeitigen Garantierahmen von 440 Milliarden Euro für die EFSF. Künftig soll aber der Rettungsfonds über eine Versicherungslösung einen Teil des Risikos neuer Staatsanleihen gefährdeter Euro-Länder übernehmen. Außerdem sollen in einer Zweckgesellschaft die Risiken zwischen öffentlichen und privaten Geldgebern geteilt werden. Beide Modelle sollen kombiniert werden. So soll das neben den bereits übernommenen Verpflichtungen noch verfügbare Finanzierungsvolumen, das für die EFSF auf 250 bis 275 Milliarden Euro beziffert wird, möglichst auf rund eine Billion Euro vervielfacht werden. Auf Drängen von Bundeskanzlerin Merkel sahen die Euro-Partner von sämtlichen Lösungen ab, die eine Einbeziehung der Europäischen Zentralbank erfordert hätten.

Klage gegen neues EFSF-Sondergremium

jjä. BERLIN, 27. Oktober. Die SPD-Bundestagsabgeordneten Danckert und Schulz haben am Donnerstag beim Bundesverfassungsgericht eine Klage gegen das neue Sondergremium des Bundestags eingereicht, das den europäischen Rettungsschirm EFSF kontrollieren soll. Mit einem Organstreitverfahren wenden sie sich dagegen, dass dessen neun Mitglieder künftig dringende und geheimhaltungspflichtige Entscheidungen treffen sollen. Das Bundesverfassungsgericht wollte über den damit verbundenen Eilantrag womöglich noch am Donnerstagsabend entscheiden. Nach Informationen dieser Zeitung hat der zuständige Richter Di Fabio Stellungnahmen von Bundesregierung und Bundestag eingeholt.

STIMMEN DER ANDEREN

**Die EU hat Entschlusskraft gezeigt**  
Die Tageszeitung „Berlingske Tidende“ (Kopenhagen) schreibt zum Brüsseler EU-Gipfeltreffen: „Die Spitzen der EU haben mit dem nächtlichen Hilfspaket gezeigt, dass sie instand sind, schwere und weitreichende Beschlüsse zu fassen. Aber es steht noch eine lange und zähe Arbeit bevor, ehe das Vertrauen der Märkte in Europas Wirtschaft wiederhergestellt ist... Der herrscht Katerstimmung. Das Mittel dagegen besteht in der Entwicklung einer Zusammenarbeit, die eng genug ist, um Europas Platz unter den führenden Kontinenten zu sichern. Das muss natürlich mit Respekt vor der Verschiedenartigkeit innerhalb der EU geschehen.“

**Europa und die deutsche Budgetdisziplin**  
Die Pariser Tageszeitung „Le Figaro“ befasst sich mit der europäischen Schuldenkrise und findet, Europa werde sich künftig stärker an Deutschland und dessen Budgetdisziplin orientieren müssen:

„Der EU-Gipfel in Brüssel war nur ein Beginn... Angela Merkels Rede im Bundestag, ihr Beharren auf der Tatsache, dass der deutsche Wohlstand vom Überleben der Euro-Zone abhängt sowie die sehr große Unterstützung, die sie von ihrem Parlament erhalten hat, haben all jenen Zweiflern der vergangenen Monate bewiesen, wie stark sich Deutschland zugunsten Europas einsetzt... Deutschlands moralische Schuld im Blick auf den Zweiten Weltkrieg zählt heute nicht mehr. Von sofort an wird Europa stärker den deutschen Prioritäten Rechnung tragen müssen – vor allem auch der Budgetdisziplin, die von Berlin aus gesehen nicht erst seit der griechischen Krise in Europa aus dem Ruder gelaufen ist.“

**Und das Europäische Parlament?**  
Die Tageszeitung „Libération“ (Paris) äußert sich zu einem Europa nach der großen Krise und meint: „Die Wirtschaftskrise lässt sich nicht mit ein, zwei, selbst drei Gipfeln lösen. Man muss einen Augenblick innehalten, um über die europäische Landschaft nachzudenken... Der spekulative (Finanz-)Wahnsinn hatte durchgesetzt, was der nationale politische Wille noch vor kurzem energisch ablehnte. Doch Angela Merkel und Nicolas Sarkozy an der Spitze haben begriffen, dass es besser ist, in den Geschichtsbüchern als Wiederbelebter statt als Totengräber der Union zu erscheinen. Jetzt muss nur noch dieser politische Kontinent aufbereitet werden. Die Mitgliedstaaten müssen... die Macht letzten Endes dem Europäischen Parlament geben.“

**Die größte Gefahr droht von Italien**  
Die Zeitung „El País“ (Madrid) beurteilt das Ergebnis des Euro-Gipfels skeptisch:

„Entgegen den Erwartungen hat der Euro-Gipfel keine nachhaltige Antwort auf die Finanzkrise gefunden. Er bedeutet gegenüber dem Gipfel vom Juli, der immerhin die Instrumente zur Eindämmung der Schulden festgelegt hatte, kaum einen Fortschritt. Das Treffen verbesserte den Stabilitätsfonds und fand eine – wenn auch unglückliche – Lösung für die Rekapitalisierung der Banken. Das ist mager angesichts der delikaten Situation. Die größte Gefahr droht nicht mehr von Griechenland, sondern von Italien. Das Wahrscheinlichste ist, dass die Schwäche der Berlusconi-Regierung dazu führen wird, dass Rom seine Schulden nicht mehr begleichen kann. Für eine Rettung Italiens aber sind keine Mittel da.“

**Es geht nicht nur um Euro-Milliarden**  
Die Budapester Tageszeitung „Nepszabadsag“ weist über die europäische Schuldenkrise hinaus: „Besteht das seit mehr als fünfzig Jahren im Aufbau befindliche Gebäude, das wir heute als Europäische Union kennen, aus nichts anderem als aus der gemeinsamen Währung? Und signalisieren nicht jene, die heute schon die EU begraben, dass sie nichts mit ihr anfangen können? Diese Fragen kann man nicht mit Euro-Milliarden beantworten... Die EU spielt wieder Feuerwehr und kommt nicht dazu, sich um Probleme zu kümmern, die gewöhnliche Sterbliche beschäftigen. Als die mühsam zusammengeflickte EU-Verfassung bei Volksabstimmungen durchfällt, litt die Union jahrelang an einer politischen Krise. Schließlich raffte sie sich auf, um sich endlich den Alltagsproblemen der Menschen zu widmen. Doch dann brach die Wirtschaftskrise herein.“

**Ein verständlicher, verborgener Aufschrei**  
Im „Mannheimer Morgen“ lesen wir zum neuen Standortkonzept für die Bundeswehr: „Der Aufschrei der Betroffenen ist verständlich. Und doch ist die Maiziäre den richtigen Weg gegangen. Er hat zuerst definiert, welche Aufgaben die Bundeswehr der Zukunft hat. Daraus hat er die nötige Personalstärke abgeleitet und auf dieser Grundlage das Stationierungskonzept entwickelt. Es ist nun einmal nicht die primäre Aufgabe der Bundeswehr, regionale Wirtschafts- und Infrastrukturpolitik zu betreiben, sondern Deutschlands Sicherheit zu garantieren. Diese Aufgabe hat sich seit dem Ende des Kalten Kriegs vor zwanzig Jahren fundamental verändert; die Armee passt sich diesem Wandel an.“

**Das Ende der Massenarmeen**  
Auch die „Landeszeitung“ (Lüneburg) beschäftigt sich mit der Bundeswehrreform: „Der Aufschrei der Stadt- und Landesväter war ebenso vorhersehbar wie er zu vernachlässigen ist. Bei der Bundeswehrreform geht es darum, die Truppe aus der Ära der Massenarmeen hinauszuführen und nicht darum, soldatische Kaufkraft gerecht über die Republik zu verteilen. Kommunen, die abrückenden Militär vertrauen, sollte Minister die Maiziäre eines ins Stammbuch schreiben: Die Hauptlast der Umstrukturierung tragen die Soldaten. Tausende Versetzungen und Karrierenden stehen an. Noch mehr Uniformierte werden zwischen Wohnort und Kaserne pendeln müssen. Erreicht die Reform aber ihr Ziel, dass künftig Soldaten nur mit tauglichem Material und gut ausgebildet in den Einsatz gehen, war der Aderlass der Standortorte gerechtfertigt.“

**Schlagkräftiger für Auslandseinsätze**  
Die Berliner „tageszeitung“ (taz) würdigt die Intentionen der Reform: „Der Verteidigungsminister hat mit der Bekanntgabe der Standortschließungen ein Projekt vollzogen, das unter seinem Vorgänger Karl-Theodor zu Guttenberg vor allem unter einer Zielvorgabe angestoßen wurde: Die Bundeswehr schlagkräftiger für Auslandseinsätze zu machen. Die Maiziäre bedient sich für dessen Ziele lediglich einer sanfteren Sprache. ‚Auftragserfüllung in einem komplexen sicherheitspolitischen Umfeld‘ nennt der Minister die Möglichkeit zur schnellen, globalen, militärischen Intervention. Das Ziel der Landesverteidigung weicht dem Ziel der schnellen Einsatzfähigkeit.“



## Nach den Brüsseler Gipfeln Das Bangen um die Banken, um die Griechen – und um mehr



„Alle wollen ein Stück weiterkommen“: Bei ihrer Ankunft in Brüssel, gut zehn Stunden vor der Abschlusspressekonferenz, operierte Kanzlerin Merkel noch im Erwartungsdämpfungsmodus.

Foto ddp

# Angstfrei die Freiwilligkeit erzwungen

BRÜSSEL, 27. Oktober Die Welt hat auf unsere Beratungen geschaut, das war uns sehr bewusst“, gestand die Bundeskanzlerin am Donnerstagmorgen um vier Uhr, als der Gipfel endlich vorüber war. Sie sah nicht mehr ganz frisch aus, so wie eigentlich jeder, der um diese Uhrzeit noch am Tagungsort im Justus-Lipsius-Gebäude der EU ausharrte. Aber zufrieden wirkte Angela Merkel schon: Eine große Kraftanstrengung sei das gewesen, sagte sie vor der Presse. Vor ein paar Tagen wäre es noch alles andere als selbstverständlich gewesen, solche Beschlüsse zu fassen wie in dieser Nacht. „Wir haben gezeigt, dass wir die richtigen Schlüsse gezogen haben“, lobte Frau Merkel sich selbst und die anderen Staats- und Regierungschefs.

Einen Saal weiter hielt sich der französische Staatspräsident Sarkozy an seinem Rednerpult fest. Auch er dachte an die weite Welt, als er das Volumen, das nun durch die Hebelung des Hilfsfonds EFSF erreicht werden soll, lieber gleich in Dollar angab als in Euro: 1,4 Billionen seien das, stellte er fest. Dollar?, fragten die französischen Journalisten ungläubig. Ja, das sei doch eine Information für die internationalen Märkte, belehrte sie der Präsident. „Ich kann Ihnen das auch in Euro geben, wenn Sie das wünschen. Wenn Sie das umrechnen, kommen Sie auf etwa eine Billion.“

Das Ende der Euro-Krise wollte nach diesem langen Gipfel, der am Abend zuvor um 18 Uhr begonnen hatte, niemand ausrufen. Der Weg aus dem Schuldensumpf sei ein Marathonlauf, kein Sprint, stellte Kommissionspräsident Barroso fest, ohne mitzuteilen, wie viele Kilometer die EU noch vor sich hat. Auch die Kanzlerin wies wieder einmal darauf hin, dass die Sache nun nicht mit einem großen Paukenschlag vorüber sei. Aber alles in allem wirkten die Gesichter diesmal doch entspannter als nach den vielen anderen Krisentreffen, die in den vergangenen eineinhalb Jahren in Brüssel stattgefunden haben.

Das galt vor allem für den griechischen Ministerpräsidenten Papandreou, der über Nacht immerhin um die Hälfte der Staatsschulden bei Privatinvestoren erleichtert wurde. „Für Griechenland ist ein neuer Tag angebrochen“, sprach er in die Kameras. Das Schlimmste sei überstanden, nun könne das Land ein Kapitel abschließen und sich der Zukunft zuwenden. Papandreou dankte seinem Volk für die Opferbereitschaft und sprach von der „patriotischen Pflicht“ aller Griechen, nun alles zu tun, um die europäische und internationale Aufsicht so schnell wie möglich loszuwerden. Eine politisch bittere Pille enthält der neue Brüsseler Ablass nämlich: Die ungeliebte Troika, die zuletzt vor allem mit Streiks in Athen begrüßt wurde, wird künftig ständig im Land präsent sein und darüber wachen, dass die Griechen ihr Land auch wirklich reformieren.

Um die Banken zu einem Schuldenschnitt zu bewegen, der wesentlich größer ist als die zuletzt am 21. Juli vereinbarte Umschuldung, war in der Sitzungsnacht viel Aufzupfassen nötig. Immer wieder pendelten die Verhandlungsführer zwischen den Stockwerken im Ratgebäude. Erst kam der seit dem Spontantreffen in der vorigen Woche so genannte Frankfurter Kreis zusammen (Frau Merkel, Sarko-

Morgens um vier kam die Erfolgsmeldung. Die Verhandlungen mit den Banken hatte die Kanzlerin am Ende selbst geführt. Cameron und andere „Chefs“ aus Nicht-Euro-Ländern waren da lang weg – sie waren nur Vorguppe.

Von Nikolas Busse

zy, Barroso, Ratspräsident Van Rompuy, EZB-Präsident Trichet und IWF-Chefin Lagarde), dann die Staats- und Regierungschefs des Euro-Raums, dann wieder der „Frankfurter Kreis“ – und die ganze Zeit über liefen Verhandlungen mit dem Internationalen Bankenverband. Dessen Vertreter mussten sich bei ihren Mitgliedern Prokura geben lassen. All das kostete viel Zeit.

Die Griechen selbst bemühten sich nicht mit letzter Kraft um ihre Schicksalsfrage, so dass man ihnen die Verhandlungsführung im Laufe des Abends irgendwann aus der Hand nahm. Wichtig für den Deal mit den Banken sei nicht zuletzt das Verhandlungsgeschick von Christine Lagarde gewesen, war zu hören. Mit der früheren französischen Finanzministerin versteht sich die Bundeskanzlerin recht gut, was der Sache offenbar dienlich war. Harte Gespräche seien es gewesen, berichtete Frau Merkel hinterher. Aber man habe den Banken nur ein einziges Angebot gemacht. „Das war unser letztes Wort.“ Ob den Banken denn auch mit Zwang gedroht worden sei, wurde sie gefragt. „Es war klar, dass wir einem freiwilligen Kreditereignis Vorzug geben, und darauf wurde ja eingegangen, deshalb muss man über die andere Variante jetzt nicht weiter nachdenken. Wir haben unser Angebot angstfrei vorgebracht.“

Die Causa Berlusconi, das atmosphärisch vielleicht schwierigste Überbleibsel des Vorbereitungs Gipfels vom Sonntag, führte wieder zu Verwicklungen, die diesmal aber unter der Schwelle der Völkerentfremdung blieben. Der Cavaliere war mit einem 15 Seiten starken Brief nach Brüssel gekommen, in dem (wie von Frau Merkel und Sarkozy bestellt) die künftigen Reformen seines Landes beschrieben werden. Die strenge Kanzlerin vermerkte mit Wohlwollen, dass darin vor allem das Ziel aufgeführt wurde, die italienische Staatsverschuldung bis 2014 auf 113 Prozent der Wirtschaftskraft zu senken. Auch sonst war alles fein säuberlich mit Fristen und Zahlen versehen, so dass die „Chefs“ freundliche Zustimmung äußern konnten und allenfalls anmerkten, dass es nun aber bitteschön auf die Umsetzung ankomme. Die EU-Kommission wurde beauftragt, alles zu kontrollieren, sicher ist sicher.

Irgendwie war das Berlusconi aber nicht genug. Während einer Sitzungspau-

se rief er in einer Livesendung des italienischen Fernsehens an, um mitzuteilen, dass die Kanzlerin sich bei ihm für den vergangenen Sonntag entschuldigt habe. Das überraschte die deutsche Delegation dann doch einigermaßen, denn es war ja Sarkozy und nicht Frau Merkel gewesen, der am Wochenende ebenso vielsagend wie gut sichtbar in die Fernsehkameras gegrinst hatte, als er nach der Reformbereitschaft Berlusconis gefragt worden war. Die Kanzlerin hatte allenfalls feingelächelt, aber das auch nur kurz und eigentlich mehr zu Sarkozy, und überhaupt war doch hauptsächlich der Franzose in Italien als überheblich an den Pranger gestellt worden.

Der deutsche Regierungssprecher Stefan Seibert verschickte also noch am frühen Morgen aus dem Tagungsgebäude eine Twitter-Nachricht, dass die Kanzlerin sich nicht entschuldigt habe, weil es nichts zu entschuldigen gebe. „Berlusconi und Merkel haben gute, offene Gespräche unter Freunden.“ Eine gesonderte Unterhaltung mit Berlusconi führte die Kanzlerin auf dem Gipfel ohnehin nicht, sie begrüßte ihn nur herzlich, um die Sache vom Sonntag vergessen zu machen.

Auch Sarkozy ließ sich nicht noch einmal auf dieses Glatteis führen. Als eine italienische Reporterin wissen wollte, ob er denn mit Berlusconis Reformkonzept zufrieden sei, da setzte der Präsident die staatstragendste Miene auf, die man um halb fünf Uhr morgens noch machen kann, und sagte „oui“, bevor die Frage überhaupt zu Ende formuliert war – um gleich noch hinzuzufügen, dass es aber gar nicht darauf ankommen, ob er zufrieden sei. Die italienischen Reformen müssten die Kommission, der Ratspräsident und die Zentralbank beurteilen.

Einen schalen Nachgeschmack hinterließ bei vielen Teilnehmern die Zweiteilung der Veranstaltung in einen „Europäischen Rat“ mit allen 27 Mitgliedstaaten und einen anschließenden „Euro-Gipfel“ mit den 17 Staats- und Regierungschefs der Gemeinschaftswährung. Für zwei Stunden nach Brüssel zu kommen, um als Vorprogramm eines großen Euro-Rettungsgipfels aufzutreten, sei für Leute wie den britischen Premierminister Cameron „psychologisch sicher nicht ganz einfach“ gewesen, bemerkte ein Beamter aus einem Euroland. Cameron hatte sogar die Abreise zu einem Commonwealth-Treffen in Australien verschoben, um auf dem Gipfel dabei sein zu können. Die britischen Interessen stünden auf dem Spiel, rechtfertigte er sich bei der Ankunft, denn es gehe hier ja auch um die Rekapitalisierung der Banken in Europa. Der schwedische Ministerpräsident Reinfeldt verlangte ebenfalls Mitsprache bei diesem Thema.

Wie sehr die Krise die EU inzwischen gespalten hat, ließ sich dann einem Auftritt des polnischen Ministerpräsidenten Tusk entnehmen, der (in seiner Eigenschaft als derzeitiger Vorsitzender des EU-Ministerrats) nach dem kurzen Treffen der 27 „Chefs“ vor die Presse trat, um die Einigung auf die Bankenrekapitalisierung zu verkünden. Tusk sagte ohne Umschweife, dass die Erhöhung des Eigenkapitals auf neun Prozent nur dann funktionieren werde, wenn sich die Euro-Staaten im Laufe der Nacht auf weitere Schritte einigen könnten. „Über das Ergebnis kann ich jetzt kein Ratespiel veranstalten, in ein paar Stunden wissen wir, wie es ausgeht.“ Dass ein Teil der Staats- und

Regierungschefs auf einen wichtigen EU-Beschluss warten muss wie der gemeine Bürger, das hat es in der Geschichte der Integration auch noch nicht gegeben. „Die Einheit Europas muss insgesamt verstärkt werden“, verlangte Tusk und tröstete sich damit, dass Polen in ein

paar Jahren auch Mitglied der Eurozone sein werde.

Ratspräsident Van Rompuy machte ganz zum Schluss noch auf einen Umstand aufmerksam, der den „Chefs“ wesentlich bewusster sein dürfte als ihren Völkern: Der Gruppendruck in der EU sei

heute viel größer als noch vor zehn Jahren. Jede Regierung habe inzwischen verstanden, dass öffentliche Schulden oder eine Immobilienblase in einem anderen EU-Staat Auswirkungen auf das eigene Land haben könne. „Sonst wird sie vom Wähler bestraft.“

## Doppelter Genuss: Spitzenkaffee und pures Lesevergnügen

integrierter Cappuccinatore

Tassenwärmer „Bon-Temp“

Gewerbezulassung

Schnelldampf



PHILIPS

Saeco

Saeco Royal Professional

Kaffeevollautomat

(abgebildete Tassen nicht im Lieferumfang enthalten)

Artikel-Nr.: 810667

**549.-**

keine Versandkosten

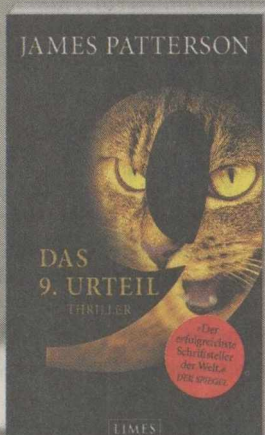
Für den packenden Lesegenuss gibt's bei redcoon.de 1.000.000 Bücher. Jetzt versandkostenfrei bestellen!

**19.99\***

James Patterson: Das 9. Urteil

gebunden, 2011, Verlag: Limes

Artikel-Nr.: K029991428



**24.99\***

Walter Isaacson: Steve Jobs

gebunden, 2011, Verlag: Bertelsmann

Artikel-Nr.: K031003504



H. Schmidt & P. Steinbrück: Zug um Zug

gebunden, 2011, Verlag: Hoffmann und Campe

Artikel-Nr.: K030191407

**24.99\***

Helmut Schmidt  
Peer Steinbrück  
ZUG UM ZUG

Europas großer Onlineshop für Bücher & Elektronik

Bestell-Hotline: 24 h am Tag, 7 Tage die Woche: 01805 / 733 26 66

(0,14 EUR/min aus dem Festnetz der DTAG, max. 0,42 EUR/min aus dem dt. Mobilfunknetz)

redcoon GmbH | KaltenstraÙe 2 | 83741 Aschaffenburg | www.redcoon.de

**redcoon**  
www.redcoon.de

\*Alle Preise in Euro inkl. MwSt., zzgl. Versandkosten, soweit nicht anders angegeben. Alle Angebote gültig, solange Vorrat reicht. Irrtümer vorbehalten.



## Nach den Brüsseler Gipfeln Das Bangen um die Banken, um die Griechen – und um mehr

# „Italien ist gar nicht Teil des Euro-Problems“

Außenminister Franco Frattini über heilsamen Druck aus Brüssel, Sarkozys irritierende Körpersprache, Merkels mutige Führung, Camerons berechnete Angst vor einer Spaltung Europas – und warum die Währungsunion kein Omnibus ist

*Herr Minister, erst in letzter Minute vor dem EU-Gipfel hat die Regierung Berlusconi eine Teilvereinbarung über Wirtschaftsreformen erzielt. Sind Sie dankbar für den Druck aus dem Rest Europas?*

Sehr sogar. Wenn Europa politischen Druck ausübt, folgen die Staaten dem ja nicht Brüssel zuliebe. Wir reformieren Italien, weil es in unserem Interesse liegt – auch wenn es für ganz Europa wichtig ist, dass wir unsere Staatsfinanzen konsolidieren und Wachstum fördern. In Zeiten heftiger innenpolitischer Auseinandersetzungen ist Druck aus Brüssel für die Regierung jedes Landes hilfreich. Jetzt können wir endlich tun, was wir schon vor der Wahl versprochen haben. Die Reformen hätten wir schon vor zwei Jahren beschließen sollen!

*Und warum haben Sie das nicht?*

Wegen überkreuzender Vetos in der Regierungskoalition und wegen des Widerstands der Opposition, die das Parlament mit Dauerreden lahmgelegt hat. Und dann hat sich die Gruppe um Gianfranco Fini von uns abgespalten. Seitdem haben wir nur noch 20 bis 25 Abgeordnete mehr als die Opposition. Vorher waren es 80!

*Fini will zurückkehren, wenn Berlusconi zurückträte. Braucht ein Land, das ohne äußeren Druck nicht funktioniert, nicht eine neue Führung?*

Viele Regierungen Europas haben in einer Parlamentskammer gar keine Mehrheit mehr. Ich beneide Deutschland darum, dass es trotzdem regierbar ist, hier gin-

„Neuwahlen wären jetzt das Schlimmste. Sie würden die Tür für Spekulation und die Aggression jener Netze öffnen, die am Finanzmarkt gegen Italien vorgehen.“

ge das nicht. Aber das Schlimmste wäre, jetzt zu Neuwahlen zu hasten. Das würde die Tür für Spekulation und die Aggression jener Netze öffnen, die auf den Finanzmärkten gegen Italien vorgehen.

*Lieber also eine alte Regierungskoalition unter neuer Führung?*

Das wäre extrem schwierig in einem Land, in dem die Wähler nicht nur eine Partei, sondern ihren Ministerpräsidenten wählen. Da hielte ich sogar Neuwahlen für wahrscheinlicher.

*Einfach weitermachen bedeutet, dass die Lega Nord weitere Reformen verhindert?*

Im Gegenteil, die Lega hat doch dem Brief zugestimmt, den wir nach Brüssel geschickt haben. Sie will jetzt die Versorgungsdienstleistungen und die Berufsstände liberalisieren sowie das Renteneintrittsalter auf 67 Jahre erhöhen.

*Wird das nicht durch das Frühverrentungssystem unterlaufen?*

Wer vierzig Jahre lang Beiträge gezahlt hat, der hat auch künftig ein Recht auf seine Rente, wenn er mindestens sechzig Jahre alt ist. Das kommt aber nicht oft vor.

*Vor dem Brief hatten Bundeskanzlerin Merkel und Präsident Sarkozy am Sonntag in Brüssel nur Grimassen geschnitten, als sie nach Italiens Zusagen gefragt wurden. Fühlten Sie sich gedemütigt?*

Nein, überhaupt nicht. Ich war jahrelang Vizepräsident der Europäischen Kommission, ich weiß besser als die meisten, wie wichtig europäischer Druck ist. Allerdings hat mich die Körpersprache Präsident Sarkozys irritiert – auch der Kanzlerin war das offenkundig peinlich. Sarkozy hat eben daheim ein Problem, weil im Direktorium der Europäischen Zentralbank jetzt kein Platz für einen Franzosen ist ...

*... weil der Italiener Bini Smaghi nicht zurücktritt, obwohl sein Landsmann Mario Draghi anstelle des Franzosen Trichet Präsident der Zentralbank wird.*

Richtig. Aber die EZB kann eben keine Befehle von der Politik entgegennehmen, auch nicht von Sarkozy, der sich in die Ecke gedrängt sieht. Ich hoffe aber, dass

Smaghi sich doch noch verantwortlich zeigt – freiwillig natürlich. Wie dem auch sei: Sarkozys Auftritt war nicht in Ordnung. Ja, Italien hat Hausaufgaben zu erledigen, aber lächerlich macht darf man uns nicht. Wir haben zwar eine riesige Staatsschuld, aber die ist immer noch, mit Verlaub, kleiner als die deutsche.

*War der kleine Eklat nicht ein Weckruf, den die Berlusconi-Regierung brauchte?*

Ich akzeptiere Weckrufe von europäischen Institutionen, aber nicht von einzelnen Regierungen.



„Italien ist verschuldet, aber die Italiener sind reich“: Franco Frattini

*Hätten Sie jetzt gern noch mehr Druck aus Brüssel, weil die versprochenen Reformen noch weit hinter dem zurückliegen, was zum Beispiel Trichet und Draghi von der Regierung verlangt haben?*

Ja, das wäre eine gute Ermutigung. Allerdings weigere ich mich, Italien als Teil des Problems zu sehen, wo doch Frankreich am Zug wäre, das Problem der griechischen Anleihen in den französischen Banken zu lösen. Italien wird 2011 der einzige G-7-Staat mit Haushaltsüberschuss sein, wenn auch ohne Berücksichtigung der Zinslast. Das schafft selbst Deutschland nicht!

*Die griechische Schuldenflut kann also kein italienischer Tsunami werden, der die Währungsunion hinwegspült?*

Nein. Unsere Staatsschulden sind zwar hoch, aber die private Verschuldung liegt 25 Prozentpunkte unter dem europäischen Durchschnitt.

*Davon kann sich der Staat nicht refinanzieren ...*

Doch! 45 Prozent unserer Staatsschuld wird von Italienern gehalten. Der Staat ist verschuldet, die Italiener sind reich. Und diese Italiener wollen ihren Staat nicht scheitern sehen. Hinzu kommt, dass drei von vier Italienern Wohneigentum haben.

*Aber die Wirtschaft wächst nicht, und auch Sie finden keine Käufer für Staatsanleihen mehr. Das können die Euro-Partner, anders als vielleicht im griechischen Fall, kaum schultern.*

Das stimmt, es ist undenkbar, dass sich Italien retten lässt. Denn die Säulen unserer Wirtschaft sind stabil. Ja, das Wachstum ist niedrig, aber auch Deutschland hat seine Prognose halbiert, von Frankreich gar nicht zu reden. Die italienische Industrieproduktion dagegen ist in den vergangenen vier Monaten um 4,6 Prozent gestiegen, stärker als die deutsche, und der Export ist im letzten Halbjahr nicht zufällig um 17 Prozent gestiegen.

*Sie sehen also keine Gefahr, dass sich die Währungsunion auflösen beginnt?*

Nein. Es gibt jetzt ein gemeinsames Bewusstsein dafür, dass wir die Währungsunion unterstützen und stärken müssen. Alle haben verstanden, dass wir ohne den europäischen Schirm jetzt viel schwächer

dastünden. Wir müssen abkommen von technischen Überlegungen und die politische Komponente der Entscheidungen stärken.

*Deutschland und andere wollen das Gegenteil – automatische Sanktionen statt politischen Kuhaöndel – und fordern dafür einen mächtigen Stabilitätskommissar.*

Ich bin für Automatismen, aber vor allem brauchen wir einen gemeinsamen politischen Willen, um die Spielregeln festzulegen.

Deutschland hat den ihm zustehenden Platz in Europa zurecht inne. Was wäre Europa ohne die wichtige, starke deutsche Führung? Aber die Länder ergänzen sich. Deshalb muss man genauso fragen: Was wäre Europa ohne Italien? Denken Sie mal darüber nach.

*In der Krise hat Deutschland versucht, mit Frankreich zu führen. Hätten Sie gern mehr davon gesehen?*

Ich finde nicht, dass die Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Frankreich in den vergangenen Monaten zu

schon die Möglichkeit, dass wir uns verbindliche Regeln geben, die nur für die 17 Euro-Staaten gelten. Warum verfolgen wir diesen Weg nicht weiter? Das geht schnell und braucht keine Ratifizierung. Hinzu kommt ja noch das Problem, dass wir nicht alle 27 Staaten bitten können, Änderungen mitzutragen, die nur die 17 Euro-Staaten betreffen.

*Werden die neuen Gipfel der 17 Euroländer und deren künftiges Sekretariat nicht zwangsläufig dazu führen, dass sich die Spaltung der EU vertieft, Stichwort Europa der zwei Geschwindigkeiten?*

Die Forderung des britischen Premierministers Cameron, von den Entscheidungen nicht ausgeschlossen zu werden, ist berechtigt – aber Präsident Sarkozy hat sie ja brüsk zurückgewiesen. Was wir als Eurozone entscheiden, hat natürlich Folgen für die anderen zehn EU-Länder. Wenn wir über die Kapitalisierung unserer Banken reden, hat das Konsequenzen für die britischen Banken. So viel Mühe müssen wir uns schon machen. Natürlich gibt es technische Fragen, die wir in der Eurozone lösen müssen. Aber wenn unser Tun und Lassen sogar Folgen für China hat, wie könnte es dann nichts mit Großbritannien zu tun haben? Ansonsten ist klar: Die Eurozone ist kein Omnibus, in den man ein- oder aus dem man aussteigt, wie es einem gerade passt. Über einen Ausschluss Griechenlands hätte man nicht einmal nachdenken dürfen.

*Frau Merkel hat das im Bundestag laut getan ...*

Ja, aber das war eine gefährliche Vorstellung.

*Was ist schiefgelaufen, dass viele Menschen dem europäischen Projekt so übel-launig begegnen?*

Das frage ich mich schon lange. Viele Menschen halten Europa für unfähig, auf ihre alltäglichen Bedürfnisse einzugehen. Wie viele Leute sind böse darüber, dass

„Was wäre Europa ohne die wichtige, starke deutsche Führung? Aber die Länder ergänzen sich. Deshalb muss man genauso fragen: Was wäre Europa ohne Italien?“

wir jedes Jahr 233 Millionen Euro für den monatlichen Umzug des Europäischen Parlaments von Brüssel nach Straßburg ausgeben? Die Leute halten es heute für selbstverständlich, dass sie im Schengen-Raum frei reisen können, aber beklagen sich über die andere Seite der Medaille: Wegen „Schengen“ kommen Kriminelle nach Europa oder illegale Einwanderer von Lampedusa nach Berlin.

*In der Krise sagen viele Politiker trotzdem, jetzt brauchen wir „mehr Europa“. Wie passt das zum Zorn der Leute?*

Wir brauchen neue politische Impulse. Unser Europa ist nicht mehr das von De Gasperi und Adenauer, auch nicht mehr das von Mitterrand und Kohl.

*Ist der Ruf nach mehr Europa nicht nur eine Flucht aus der Krise?*

Nein, mehr Integration bedeutet für mich eine gemeinsame Außenpolitik oder auch die Schaffung europäischer Ratingagenturen – wir können uns doch nicht auf Fitch oder Moody's verlassen! Ich vertraue Europa, aber ich kann niemandem vertrauen, den ich nicht kenne.

*Aus dieser Krisenwoche müssen die Italiener doch den Schluss gezogen haben, dass mehr Europa weniger Wohlfahrtsstaat bedeutet ...*

Wir müssen erklären, dass mehr Europa in diesem Fall bedeutet, die Bedürfnisse der jungen und der älteren Generationen durch eine Rentenreform in Einklang zu bringen. Die jungen Leute sollen verstehen, dass sie dadurch eines Tages mehr bekommen, nicht weniger.

Mit dem italienischen Außenminister sprachen in Rom **Klaus-Dieter Frankenberger, Tobias Pillar und Andreas Ross.**

## Ermittlungen gegen HDZ

kps. RIJEKA, 27. Oktober. Die kroatische Staatsanwaltschaft ermittelt gegen die regierende konservative HDZ wegen des Verdachts, sich aus Bestechungsgeldern finanziert zu haben. Das bestätigte Ministerpräsidentin Jadranka Kosor am Donnerstag auf einer überraschend einberufenen Pressekonferenz, an der alle Mitglieder der Parteiführung der HDZ teilnahmen. „Dies ist ein außerordentlich schwieriger Augenblick im Leben unserer Partei“, sagte Frau Kosor, „vielleicht die vorletzte Station des Kreuzweges, dem wir unterzogen wurden, seit ich am 1. Juli 2009 die Führung übernommen habe.“ Es sehe nun so aus, als sei der von ihr begonnene Kampf gegen die Korruption ein Bumerang gewesen, gleichwohl werde ihn die HDZ weiter führen.



Jadranka Kosor

Die Vermutung, die kroatische Staatsanwaltschaft werde die Ermittlungen gegen einzelne HDZ-Mitglieder auf die gesamte Partei als Rechtsperson ausweiten, wurde in den vergangenen Monaten von den kroatischen Medien immer wieder vorgebracht. Dies hatte ihnen den Vorwurf eingebracht, sie führten eine Kampagne, um den Kampf der Ministerpräsidentin gegen die Korruption zu diskreditieren. An diesem Vorwurf hält Frau Kosor weiter fest; die Medien hätten ihrer Partei schweren Schaden zugefügt, weil sie sich auf ungenannte Quellen bezogen und gezielte Indiskretionen veröffentlicht hätten, sagte sie am Donnerstag. Die Regierung werde herausfinden, wer die Medien mit Informationen versorgt habe. Zugleich erklärte sich Frau Kosor bereit, mit der Sonderbehörde für den Kampf gegen die Korruption und das organisierte Verbrechen (Uskok) zusammenzuarbeiten. Obwohl die Ermittlungen der Partei kurz vor der Parlamentswahl im Dezember schaden, sei sie zuversichtlich, dass die HDZ gestärkt aus der Affäre hervortreten werde. Wer immer in der Partei Schuld auf sich geladen habe, müsse dafür individuell zur Verantwortung gezogen werden. Die HDZ bestehe aber darauf, dass auch die Skandale anderer Parteien untersucht würden.

Frau Kosor hatte nach dem Rücktritt Ivo Sanaders den Parteivorsitz und das Amt des Ministerpräsidenten übernommen. Sanader befindet sich in Zagreb in Untersuchungshaft. Frau Kosor hatte stets behauptet, von seinen illegalen Geschäften nichts gewusst zu haben. Die Hypothese einer von der HDZ-Führung abgeschotteten Parallelstruktur, die allein Sanader verpflichtet gewesen sei, geriet jedoch durch die Aussagen der im Juli verhafteten früheren HDZ-Buchhalterin Branka Pavošević ins Wanken. Frau Pavošević gab an, die Parteiführung sei über die Finanzierung der HDZ aus Bestechungsgeldern sehr wohl informiert gewesen. Auch die Wahlkampagne von Frau Kosor bei den Präsidentschaftswahlen 2005 sei aus der schwarzen Kasse finanziert worden. (Kommentar Seite 10.)

SOFIA, 27. Oktober (dpa). Bulgarien entscheidet an diesem Sonntag in einer Stichwahl über den neuen Staatspräsidenten. Das bestätigte die Zentrale Wahlkommission (ZIK) am Donnerstag in Sofia, nachdem alle Stimmzettel aus der ersten Wahlrunde vom 23. Oktober ausgezählt wurden. Antreten sollen die beiden bestplatzierten Bewerber: der bürgerliche Regierungskandidat Rossen Plewneliew und der sozialistische frühere Außenminister Iwajlo Kalfin. Plewneliew erhielt im ersten Wahlgang 40,1 Prozent der Stimmen, Kalfin kam auf 28,9 Prozent. An vielen Orten wird es am Sonntag auch Stichwahlen für die Bürgermeister geben. Wegen der chaotischen Zustände beim Auszählen hatte sich die Bekanntgabe des Endergebnisses verzögert. Oppositionspolitiker hatten deshalb gedroht, die Wahl wegen der vielen Hinweise auf Missstände für ungültig erklären zu lassen.

## Stichwahl in Bulgarien

### Frankfurter Allgemeine

Frankfurter Zeitung

Gründungsherausgeber Erich Welter †

**VERANTWORTLICHE REDAKTEURE:** für Innenpolitik: Dr. Jasper von Altenbockum; für Außenpolitik: Klaus-Dieter Frankenberger; für Nachrichten: Dr. Richard Wagner; für „Zeitgeschehen“: Dr. Georg Paul Heffy; für „Die Gegenwart“: Dr. Daniel Deckers; für Deutschland und die Welt: Dr. Alfons Kaiser; für Wirtschaftspolitik: Heike Göbel; für Wirtschaftsberichterstattung: Michael Psotta; für Unternehmen: Carsten Knop; für Finanzmarkt: Gerald Braunberger; für Sport: Jörg Hahn, Anno Hecker (stv.), Peter Heß (stv.); für Feuilleton: Patrick Bahners, Verena Lueken (stv.); für Literatur und literarisches Leben: Felicitas von Lovenberg; für Rhein-Main-Zeitung: Dr. Matthias Alexander (Stadt), Peter Lückemeier (Region).

**FÜR REGELMÄSSIG ERSCHEINENDE BEILAGEN UND SONDERSEITEN:** Beruf und Chance: Sven Astheimer; Bilder und Zeiten: Andreas Plathaus; Bildungswelten: Dr. h.c. Heike Schmolli; Die Lounge: Carsten Knop; Die Ordnung der Wirtschaft: Heike Göbel; Geisteswissenschaften: Jürgen Kaube; Immobilienmarkt: Steffen Uttich; Jugend schreibt: Dr. Ursula Kals; Jugend und Wirtschaft: Dr. Lukas Weber; Kunstmarkt: Dr. Rose-Mana Gropp; Medien: Michael Hanfeld; Menschen und Wirtschaft: Georg Giersberg; Natur und

Wissenschaft: Joachim Müller-Jung; Neue Sachbücher: Christian Geyer; Politische Bücher: Prof. Dr. Rainer Blasius; Recht und Steuern: Prof. Dr. Joachim Jahn; Reiseblatt: Freddy Langer; Staat und Recht: Dr. Reinhard Müller; Technik und Motor: Holger Appel.

**Bildredaktion:** Christian Pohler; **Chefin vom Dienst:** Dr. Elena Geus; **Grafische Gestaltung:** Johannes Janssen; **Informationsgrafik:** Thomas Heumann; **Internet-Koordination:** Dr. Holger Schmidt.

**Geschäftsführung:** Tobias Trevisan (Sprecher); Dr. Roland Gerschermann.

**VERANTWORTLICH FÜR ANZEIGEN:** Andreas Formen (Verlagsgeschäftsführer); für Anzeigenproduktion: Stephan Puls.

Anzeigenpreisliste Nr. 71 vom 1. Januar 2011 an; für Stellenanzeigen: F.A.Z.-Stellenmarkt-Preisliste Nr. 5 vom 1. Januar 2011 an.

**MONATSBEZUGSPREISE:** Abonnement Deutschland-Ausgabe 43,90 €; einschließlich Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung 48,90 €. Abonnement Rhein-Main-Ausgabe 43,90 €; einschließlich Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung 48,90 € (bei Postbezug Lieferung am Montag – bei Feiertagen am darauffolgenden Werktag). Studierende (gegen Vorlage einer Bescheinigung) 21,40 €, einschließlich Frankfurter Allgemeine Hochschulanzeiger 21,90 €. Weitere Preise auf Anfrage oder unter [www.faz.net](http://www.faz.net). Alle Preise bei Zustellung frei Haus, jeweils einschließlich Zustell- und Versandgebühren sowie 7 % Umsatzsteuer; im Ausland 52,90 € einschließlich Porto,

gegebenenfalls zuzüglich Luftpostgebühren. Erscheint werktäglich. Ihre Daten werden zum Zweck der Zeitungszustellung an Zustellpartner und an die Medienservice GmbH & Co. KG, Hellerhofstraße 2 – 4, 60327 Frankfurt am Main, übermittelt.

Abonnementkündigungen sind schriftlich mit einer Frist von 20 Tagen zum Monatsende bzw. zum Ende des vorausberechneten Bezugszeitraumes möglich. Gerichtsstand Frankfurt am Main.

**NACHDRUCKE:** Die Frankfurter Allgemeine Zeitung wird in gedruckter und digitaler Form vertrieben und ist aus Datenbanken abrufbar. Eine Verwertung der urheberrechtlich geschützten Zeitung oder der in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen, besonders durch Vervielfältigung oder Verbreitung, ist ohne vorherige schriftliche Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar, soweit sich aus dem Urheberrecht nicht anderes ergibt. Besonders ist eine Einspeicherung oder Verbreitung von Zeitungsinhalten in Datenbanksystemen, zum Beispiel als elektronischer Pressespiegel oder Archiv, ohne Zustimmung des Verlages unzulässig.

Sodern Sie Artikel dieser Zeitung nachdrucken, in Ihr Internet-Angebot oder in Ihr Intranet übernehmen oder per E-Mail versenden wollen, können Sie die erforderlichen Rechte bei der F.A.Z. GmbH online erwerben unter [www.faz-rechte.de](http://www.faz-rechte.de). Auskunft erhalten Sie unter [nutzungsrechte@faz.de](mailto:nutzungsrechte@faz.de) oder telefonisch unter (069) 75 91-2985. Für die Übernahme von Artikeln in Ihren internen elektronischen Pressespiegel erhalten Sie die erforderlichen Rechte unter [www.presse-monitor.de](http://www.presse-monitor.de) oder telefonisch unter (0 30) 28 49 30, PMG Presse-Monitor GmbH.

© FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG GMBH, FRANKFURT AM MAIN  
**DRUCK:** Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH, Kurhessenstraße 4 – 6, 64546 Morfelden-Walldorf; Märkische Verlags- und Druck-Gesellschaft mbH Potsdam, Friedrich-Engels-Straße 24, 14473 Potsdam; Süddeutsche Societäts-Druckerei GmbH, Lise-Meitner-Straße 7, 82216 Maisach.

Amthches Publikationsorgan der Börse Berlin, Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, Frankfurter Wertpapierbörse, Hanseatischen Wertpapierbörse Hamburg, Niedersächsischen Börse zu Hannover, Börse München, Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart

**ANSCHRIFT FÜR VERLAG UND REDAKTION:**

Postadresse: 60267 Frankfurt am Main, Hausanschrift: Hellerhofstraße 2 – 4, 60327 Frankfurt am Main; zugleich auch ladungsfähige Anschrift für alle im Impressum genannten Verantwortlichen und Vertretungsberechtigten.

**TELEFON:** (069) 75 91-0. Anzeigenservice: (069) 75 91- 33 44. Abonnentenservice: 01 80 - 2 34 46 77 (6 Cent pro Anruf aus dem deutschen Festnetz, aus Mobilfunknetzen maximal 42 Cent pro Minute) oder [www.faz.net/leserportal](http://www.faz.net/leserportal). Telefax: Anzeigen (0 69) 75 91 - 23 33; Redaktion (0 69) 75 91-17 43; Vertrieb (0 69) 75 91 - 21 80.

**BRIEFE AN DIE HERAUSGEBER: leserbriefe@faz.de**

Postbank Frankfurt am Main (BLZ 500 100 60)  
Konto-Nr. 91 393 604, IBAN: DES5 5001 0060 0091 3936 04; BIC: PBNKDEFF



Frankfurter Allgemeine  
ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

## Auf ein Neues

Die Krönung des deutschen Bemühens, Haushaltsdisziplin als Leitmotiv der Währungsunion zu verankern, soll eine Vertragsreform sein. Selbst wenn die Regierung genügend Mitstreiter fände, so scheiden sich beim Thema Vertragsänderung die Geister. Da ist einmal die bittere Erfahrung mit der jüngsten Reform: Sie hat quälend lange gedauert und die Kluft zwischen Bürgern und politischer Klasse nicht verringert. Als der Verfassungsvertrag in Frankreich und in den Niederlanden scheiterte, war der „Akzeptanzschwund“ offensichtlich. Es dürfte mehr als nur ein Kommunikationsproblem sein, die von der Krise verunsicherten Wähler mit der EU zu versöhnen, nicht zuletzt in den Ländern mit obligatorischem Referendum. Der andere Punkt betrifft das Büchse-der-Pandora-Syndrom. Sollte Berlin einen Haushaltszins installieren wollen, verlangte London die Repatriierung von Kompetenzen. Die Sache wäre also kontrovers und langwierig. Eine vereinfachte Vertragsreform wiederum dürfte nicht zu dem Maß an Haushaltsaufsicht führen, das der Bundesregierung vorschwebt.

K.F.

## Bitte kein Kehrreim

Welchen Reim man sich darauf zu machen hat, dass nicht nur ein ehemaliger Regierungschef und seine Clique der Korruption dringend verdächtig sind, sondern seine gesamte, immer noch regierende Partei – darüber müssen die kroatischen Bürger befinden. Eine andere Sache ist es, dass die dieser Partei angehörende Ministerpräsidentin das Eintrittsbillet zur EU nicht zuletzt wegen ihres Kampfes gegen die Korruption in Kroatien erhalten hatte – darauf muss sich nun die EU einen Reim machen, obwohl sie gerade andere Sorgen hat. Sie sollte das Thema schon deshalb ernst nehmen, weil das Kapitel „EU-Erweiterungen und ihre Folgen“ auf der Sorgenliste vieler Bürger der alten EU-Staaten weit oben steht. Heute behaupten viele Politiker, sie hätten, wären sie schon oder noch an der Macht gewesen, Griechenland den Beitritt zur Währungsunion verwehrt. Andere bedauern, dass Bulgarien und Rumänien aufgenommen wurden, ohne dass sie rechtsstaatliche Standards auch nur annähernd erfüllt hätten. Man sollte deshalb auch in Kroatien noch einmal genauer hinsehen, bevor es zu spät ist.

Nm.

## Ein Wort

Am Anfang war das Wort – die ersten Worte des Johannevangeliums sind das Motto der Kampagne für das Reformationsjubiläum 2017. Dass man dafür vor drei Jahren gleich eine Lutherdekade ausgerufen hat, mag mancher eher belustigt zur Kenntnis genommen haben. Bei nüchterner Betrachtung wird man allerdings nicht bestreiten können, dass diese Fünfhundertjahrfeier etwas anderes ist als ein Dichter-, Komponisten- oder Denker-Jubiläum. Ohne Kenntnisse des von Martin Luther angezettelten religiösen Umbruchs mit seinen vielfältigen, oft subtilen Wirkungen auf Politik, Musik, Kunst, Bildung und Wissenschaft wird einem mindestens die deutsche Geschichte unverständlich bleiben. Die 35 Millionen Euro, die der Bund für das Jubiläum zugesagt hat, sind deshalb nicht zu viel – zumal auch er profitiert, wenn so die einzigartige Kulturlandschaft in Sachsen-Anhalt und Thüringen in Szene gesetzt wird. Für die Kirche werden allerdings nicht sanierte Bauten oder die Masse der Besucher entscheidend sein. Für sie zählt am Ende zählt nur das Wort, das am Anfang bei Gott war.

bin.

## Nach Tunesien wählt Marokko – erstmals nach der Verfassungsreform / Von Leo Wieland

MADRID, im Oktober Das Königreich Marokko ist nach Tunesien der nächste Maghreb-Staat, in dem gewählt wird: am 25. November. Auch dort könnte eine gemäßigt islamistische Partei diesmal die wirklich stärkste Partei werden und den nächsten Ministerpräsidenten stellen. Die „Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung“ war schon bei der letzten Abstimmung im Jahr 2007 beim Stimmenanteil am erfolgreichsten. Der Zugschnitt der Wahlkreise bescherte indes der lupenrein „königstreuen“ Istiqlal-Partei die meisten Parlamentsmandate.

Die vorgezogene Abstimmung – der reguläre Termin wäre erst im Jahr 2012 gewesen – ist nun der erste Test nach der jüngsten Verfassungsreform und damit auch eine Probe auf den demokratischen Veränderungswillen von König Mohammed VI. Sie wird außerdem zeigen, ob die Marokkaner, die zu fast zwei Dritteln dem letzten Urnengang ferngeblieben waren, diesmal motivierter sind und sich stärker mobilisieren lassen.

Für das geographisch und politisch „westlichste“ Land des Maghreb war das Jahr der „Arabellion“ ebenfalls turbulent. Gleichwohl erwies sich die alte Monarchie unter dem populären jungen König als erheblich widerstandsfähiger als die Despoten im benachbarten Tunesien oder gar Libyen. In Tunis musste erst Präsident Ben Ali weichen. In Tripolis verlor hernach Oberst Gaddafi die Macht und das Leben.

Als sich im Winter in Marokko die „Bewegung 20. Februar“ aus jugendlichen Arbeitslosen, Studenten und Internet-Aktivistinnen ein Beispiel an der tunesischen „Jasmin-Revolution“ nahmen und landesweit Kundgebungen für mehr Demokratie, weniger Korruption und mehr Arbeitsplätze und Chancen organisierten, reagierte Mohammed VI. auf verschiedenen Ebenen. Zunächst versuchte er, den sozialen Frieden zu erkaufen, indem er die Gehälter der Staatsangestellten, die Renten und die Mindestlöhne in der Privatwirtschaft erhöhte, Lebensmittel und Brennstoff subventionierte und damit ein unvorhergesehenes Loch im Staatshaushalt riskierte.

Als nächsten Schritt gab er dann im März eine Verfassungsreform in Auftrag, die zwar seine unangefochtene Stellung als „oberster Schiedsrichter“ in allen Fra-

gen der Politik, Justiz, Wirtschaft und Religion erhalten, aber doch mehr Gewaltenteilung zugunsten der Regierung und des Parlaments bringen sollte. Am 1. Juli wurde darüber per Referendum abgestimmt. Mit 98,5 Prozent Jastimmen hieß die nur in Maßen teilnehmenden Marokkaner das Projekt des Monarchen gut.

Kernstücke der Verfassung sind neben einer Verankerung der Menschenrechte die Gleichberechtigung zwischen Männern und Frauen, die Anerkennung der Berbersprache als gleichberechtigt ne-

mung sich die „Bewegung 20. Februar“ nicht beteiligte, weil ihr die Reformen nicht weit genug gingen, nicht mehr als „heilig“, aber immer noch als „Beherrscher der Gläubigen“ definiert. Damit bleibt er in allen Religionsfragen die höchste Autorität. In seinem zwölften Jahr auf dem Thron hat er sich nun aber auf mehr Mitsprache in einem System eingelassen, dass tendenziell Schritte hin zu der ersten konstitutionellen Monarchie in der arabischen Welt zu tun verspricht.



Mohammed VI. gibt beim Verfassungsreferendum seine Stimme ab.

Foto dapl

ben dem Arabischen, eine Stärkung der Unabhängigkeit der Justiz und vor allem der Figur des Ministerpräsidenten. Er soll künftig nicht, wie bisher, vom König nach persönlichem Gutdünken ernannt werden, sondern aus der stärksten politischen Partei hervorgehen. Er soll im Einvernehmen mit dem König das Parlament auflösen, Minister, Gouverneure und Botschafter ernennen und entlassen und Neuwahlen ansetzen können. Würde also die Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung im November gewinnen, wäre Mohammed VI. unter einem selbstgesetzten Zugzwang.

Der König ist in der neuen Verfassung, an deren Diskussion und Volksabstim-

Im Artikel 1 heißt es sogar, dass Marokko schon eine konstitutionelle, demokratische, parlamentarische und soziale Monarchie sei. Im Gegensatz etwa zu europäischen Ländern wie Spanien oder Großbritannien, wo die Krone „herrscht, aber nicht regiert“, ist Mohammed VI. – er ist auch der größte Unternehmer und reichste Mann im Staat – noch immer die Schlüsselfigur beim Regieren wie beim Investieren.

Der größte Rückschlag des Jahres war abermals der Terrorismus. Am 28. April zündeten auf dem Platz der Gaukler in Marrakesch mutmaßliche Al-Qaida-Extremisten eine Bombe, die siebzehn Menschen, darunter ausländische Touristen,

das Leben kostete. Das schadete dem Ansehen des Landes und zeitweilig sowohl dem Tourismus, der eine der Haupteinkommensquellen Marokkos ist, als auch den Öffnungsbemühungen des Königs. Inzwischen scheinen sich die wirtschaftlichen Einbußen aber in Grenzen zu halten. Und der König, der während seines ersten Jahrzehnts schon andere wichtige Reformen, darunter des Familienrechts und der Rechte der Frauen gegen den Widerstand seiner „Bärtigen“, durchgesetzt hat, hielt den Kurs.

Nur vier Wochen nach dem Verfassungsreferendum kündigte er die vorgezogenen Parlamentswahlen mit der Begründung an, dass sie „in einem gesunden politischen Klima, das dem neuen Marokko würdig ist“, einfach notwendig seien.

Zuvor hatte er sich darauf in Konsultationen mit den rund zwanzig politischen Parteien verständigt, die nun im Wettbewerb sind. Die „Bewegung 20. Februar“ und ihr Verhalten ist noch die große Unbekannte in der Gleichung. Mohammed VI. wird nicht müde, sie mit immer neuen Appellen zur Mitarbeit in den Institutionen aufzufordern. Der Druck von ihrer Seite auf den König scheint, trotz sporadischer Demonstrationen, geringer geworden zu sein, weil der Rückhalt für die außerparlamentarische Opposition in der Bewegung ebenfalls ziemlich schmal erscheint.

Die marokkanischen „Empörten“ haben trotzdem stichhaltige Argumente, vor allem wenn sie anprangern, dass in einem so jungen Land wie Marokko (48 Prozent der 33 Millionen Einwohner sind unter 25 Jahren) rund ein Fünftel der Jugendlichen ohne Arbeit sei. Dies ist zwar ein besserer Durchschnitt als etwa in Algerien, Libyen oder Tunesien. Aber Marokko bleibt vorerst im Maghreb-Quintett – nach Mauretanien – das ärmste Land, obwohl sich das Wirtschaftswachstum der letzten Jahre, die Investitionen in die Infrastruktur und der neue regionale Ausgleich für lange benachteiligte Gebiete sehen lassen können. So wird am 20. November stellvertretend auch über die Leistungsbilanz des Königs und die Defizite der Nation abgestimmt werden.



Josef ACKERMANN Foto Wolfgang Elmes

## Für alle Fälle

Für einen Bankmanager kann Josef Ackermann sehr staatstragend sprechen. „Wir sind sehr zufrieden mit der erreichten Einigung“, sagte Ackermann am Donnerstag über die Beschlüsse des EU-Gipfeltreffens in Brüssel. „Alle Parteien haben anerkannt, dass nicht nur die Zukunft Griechenlands, sondern auch die Zukunft Europas auf dem Spiel stand.“ Ackermann war in den vergangenen Wochen weniger als Vorstandsvorsitzender der Deutschen Bank gefordert, sondern als Vorsitzender des internationalen Bankverbands IIF. In dieser Funktion hatte Ackermann vor einigen Monaten mit der Politik über einen bescheidenen Beitrag der Banken zur Entschuldung Griechenlands verhandelt. Ursprünglich hatten die Banken keine Bereitschaft gezeigt, auf einen Teil ihrer Forderungen gegenüber dem hoch verschuldeten Griechenland zu verzichten. Als Ackermann einem ersten Verzicht der Banken auf 21 Prozent ihrer Forderungen zustimmte, ließ er erkennen, dass er dies gegen seine innere Überzeugung als Banker, aber aus Staatsräson getan hatte.

Das war vor wenigen Monaten. Nunmehr haben die Banken unter schwerem Druck der Politik, aber offiziell immer noch freiwillig, einem Verzicht von 50 Prozent ihrer Forderungen zugestimmt. Der wandlungsfähige Ackermann spricht von einem „befriedigenden Kompromiss“. Spätestens mit dem Ausbruch der Krise ist der Schweizer aus Sicht der Politik zu einem „Mann für alle Fälle“, zu einem Ratgeber ebenso wie zu einem Verhandlungspartner geworden. Ackermann genießt seine internationale Bedeutung sichtlich, auch wenn er nicht verhindern konnte, dass die Politik in den vergangenen Wochen ihren früheren Schlüsselschluss mit den Banken lockerte und eine größere Distanz zeigte. Die Zeiten, in denen die Banken die Politik unter Druck setzen konnten, scheinen vorüber. Ackermann hat dies wohl erkannt.

Im Hauptberuf ist der Schweizer immer noch Vorstandsvorsitzender der Deutschen Bank, die er im Mai kommenden Jahres in guter Form seinen Nachfolgern Anshu Jain und Jürgen Fitschen übergeben will. Dazu gehört ein Verzicht auf jegliche Form von Staatshilfen, auf die seine Bank aus heutiger Sicht wohl auch verzichten kann. Die Deutsche Bank hat in den vergangenen Monaten wie viele ihrer Konkurrentinnen unter der Flaute an den Kapitalmärkten gelitten, aber erst vor wenigen Tagen ein unerwartet gutes Ergebnis für das dritte Quartal vorgelegt. Das von Ackermann lange Zeit vorgegebene Ziel eines Jahresgewinns von Steuern von zehn Milliarden Euro musste allerdings aufgegeben werden.

Ackermann, Jahrgang 1948, führt die Deutsche Bank seit fast zehn Jahren. Unzweifelhaft hat die Bank dem Schweizer, der sie insgesamt sehr gut, wenn auch nicht fehlerlos geleitet hat, viel zu verdanken. Umgekehrt hat die exponierte Rolle der Deutschen Bank Ackermann erlaubt, in der nationalen und internationalen Politik mitzumischen. Wie seine Bilanz auf diesem, für einen Bankmanager schwierigen und gefährlichen Gebiet abschließt, ist nicht leicht einzuschätzen.

GERALD BRAUNBERGER

## Fremde Federn: Beate Merk

## Ein internetfähiges Pornographiestrafrecht

Wissen Sie, was ein Browser-Cache ist? Was beim Internetsurfen auf der Festplatte geschieht? Oder welchen Weg Daten aus dem Netz durch den Arbeitsspeicher des Computers nehmen? Ein erfahrener Computernutzer kann dies alles aus dem Effeff erklären. Wenn er denn will und sich nicht dumm stellt. Dass aber genau dies – die angebliche Ahnungslosigkeit – durchaus von Vorteil sein kann, hat ein Angeklagter in einem Strafverfahren bewiesen, in dem das Oberlandesgericht Hamburg im vergangenen Jahr ein vielbeachtetes Revisionsurteil sprach: Sein vorgeblicher Laienstatus brachte ihm den Freispruch, wenn auch nur in erster Instanz.

„Unwissenheit schützt vor Strafe nicht“, sagt man. Für eine Geschwindigkeitsüberschreitung muss sich doch auch nur der verantworten, der nicht weiß, wie ein Ottomotor funktioniert. Im Hamburger Verfahren war das anders: Dort hat eine Verurteilung offenbar gehobene technische Kenntnisse vorausgesetzt. Zu der Frage, wem solche zuzutrauen sind, hat das Gericht sogar eigens einen Sachverständigen gehört. Um was für einen Tatvorwurf ging es in diesem Verfahren? Phishing? Skimming? Computersabotage? Die Antwort überrascht: Verurteilt werden sollte der Angeklagte anhand eines Straftatbestands, der keineswegs einen Akt cybernetischer Raffinesse umschreibt, sondern einen unmittelbar greifbaren Vorgang: Den Besitz von Kinderpornographie.

Um das zu verstehen, muss man die Entwicklung des Pornographiestrafrechts nachzeichnen. Im Fokus stand anfangs der Verkauf von Fotos unter dem Ladentisch. Vor zwei Jahrzehnten wandelte sich der Pornographiemarkt radikal und erlebte enormen Zuwachs. Grund dafür waren die Möglichkeiten, die das neue Medium des Videofilms bot. Der Gesetzgeber hat darauf mit zwei Maßnahmen reagiert: Zum einen wurde 1993 neben der Verbreitung auch der bloße Besitz des Materials unter Strafe gestellt – schließlich ist es mit der Videotechnik problemlos zu vervielfältigen. Bestraft wird heute daher bereits, „wer es unternimmt, sich den Besitz von kinderpornographischen Schriften zu verschaffen“. Zum anderen wurde 1997 der Kreis der erfassten Tatobjekte erweitert. Als „Schrift“ gilt allgemein eine durch Augen oder Tastsinn wahrnehmbare Verkörperung von Gedankeninhalten. Elektromagnetische Speicherungen sind aber jederzeit löscherbar und zudem nur mittels technischer Geräte sinnlich zu erfassen. Sie lassen sich also nicht ohne weiteres als eine solche Verkörperung bezeichnen. Deshalb hat der Gesetzgeber im Strafgesetzbuch den Schriften den Begriff des „Datenspeichers“ gleichgestellt; eine Änderung, mit der man sich für alle EDV-Sachverhalte gewappnet fühlte.

Obwohl diese letzte Anpassung nicht lange zurückliegt, hat sich die Welt seither abermals radikal verändert und

stellt das Pornographiestrafrecht vor neue Herausforderungen. Kaum ein pädophiler Täter agiert noch mit allhergebrachten Foto- oder Videosammlungen. Bezogen wird Kinderpornographie heute aus dem Internet. Das Material gelangt also nicht mehr auf physischen Trägermaterialien in die Wohnung des Täters, sondern wird dorthin über ein Datennetz übertragen. Es wird oft auch nicht mehr auf Festplatte oder CD gespeichert, sondern in jedem Bedarfsfall einfach wieder über das Netz abgerufen. Wo bleibt bei solchem Vorgehen der „Datenspeicher“? Und kann man das, was nur auf dem Monitor sichtbar ist, wirklich „besitzen“, das heißt eine gegenständliche Verfügungsmacht darüber ausüben?

Unser Strafrecht wird streng begrenzt durch den Wortlaut seiner Tatbestände. Ein Täter mag noch so sehr unmittelbaren Zugriff auf Pornographie erlangen – solange er nicht zugleich Besitz an einem Datenspeicher erlangt, bleibt er straflos. Die deutschen Gerichte haben dieses Dilemma früh erkannt und das ihnen Mögliche getan: Es wurde unter anderem entschieden, dass schon die automatische Festplattenspeicherung von Internetseiten durch den Browser-Cache und sogar der Datendurchlauf im Arbeitsspeicher den Begriff des „Datenspeichers“ erfüllt. Es bleibt aber die Pflicht, dem Täter nachzuweisen, dass er gewusst hat, was beim Surfen in den Speichern seines PC geschieht – was der

Angeklagte im Hamburger Fall fast erfolgreich verneint hatte. Erst das Oberlandesgericht hat schon das gezielte Betrachten einer Bilddatei im Internet unter – offenbar unterstellter – Kenntnis der Speicherung im Arbeitsspeicher für die Strafbarkeit genügen lassen.

Aber kann es angehen, dass der Gesetzgeber die Gerichte mit der Klärung computertechnischer Einzelheiten beschäftigt in Verfahren, in denen es schlicht um Pornographie geht? Kinderpornographie ist dokumentierter Kindesmissbrauch. Kinder werden eigens zu dem Zweck gequält, ihr Leiden filmen und vermarkten zu können. Das ist ein Verbrechen an Leib und Seele! Die Absatzchancen des Internets steigern die Nachfrage, die Nachfrage steigert die Herstellung solcher ekelhaften Produkte. Das deutsche Strafrecht mit seinen Vorstellungen von einer analogen Welt läuft dieser Entwicklung hinterher. Der Gesetzgeber muss es deshalb der digitalen Realität anpassen. Wir müssen die richtigen Worte dafür finden, was verboten oder erlaubt ist. Nutzen wir die geplante EU-Richtlinie zum Kindesmissbrauch/zur Kinderpornographie, um auch im Strafrecht in der Cybertime anzukommen. Wenn sich unser Strafrecht nicht mehr um das Leiden von Kindern kümmert, sondern um die Funktion des Browser-Cache, dann hat es eines bitter nötig: das nächste Update.

Die Verfasserin ist bayerische Justizministerin und stellvertretende Vorsitzende der CSU.

„Aber sicher investiere ich.“

Immer den aktuellen Marktzins im Visier.  
Mit dem DWS Zinseinkommen

Suchen Sie in unsicheren Börsenzeiten nicht weiter nach einer geeigneten Geldanlage, informieren Sie sich jetzt. Bei der Deutschen Bank, der Postbank, bei der Deutschen Vermögensberatung sowie bei vielen weiteren Finanzinstituten und -beratern.

www.DWS.de

GELD GEHÖRT ZUR NR. 1



\*Die DWS/D8 Gruppe ist nach verwaltetem Fondsvermögen der größte deutsche Anbieter von Publikumsfonds. Quelle: BVL, Stand: Ende Juni 2011. Den Verkaufsprospekt mit Risiko, Hinweis und die wesentlichen Anlegerinformationen sowie weitere Informationen erhalten Sie kostenlos bei der DWS Investment GmbH, 60612 Frankfurt am Main. Kostenpauschale bis zu 1,0 % p.a. (entsprechend den Vertragsbedingungen im Verkaufsprospekt).





# Die meisten Banken wollen Staatshilfe vermeiden

Deutsche und französische Institute möchten Kapitalbedarf aus eigener Kraft decken / Aufseher warnen vor Kreditklemme



„Lassen Sie es mich ganz deutlich sagen: Es geht nicht um Umschuldung, das ist kein Thema, und davon redet niemand, der in der Regierung ein Amt hat.“  
Wolfgang Schäuble, am 27. April 2010

pitalbedarf von 106 Milliarden Euro bezieht sich auf die Marktwerte europäischer Staatsanleihen Ende Juni. Im November erst will die EBA endgültige Zahlen auf Basis Ende September veröffentlichten.

Die vorläufigen Einzelergebnisse haben einige Banken verärgert. Die EBA nannte nur den gesamten Kapitalbedarf auf Länderebene: Die deutschen Banken schnitten mit einem Kapitalbedarf von 5,2 Milliarden Euro besser ab als die vier französischen Wettbewerber,

die 8,8 Milliarden Euro benötigen. Die spanischen Banken haben einen Kapitalbedarf von 26,2 Milliarden Euro und die italienischen von 14,8 Milliarden Euro. In Aufsichtsrats- und Bankenkreisen heißt es, dass der Bedarf den griechischen Schuldenschnitt von 50 Prozent berücksichtigen, weil die Anleihen schon Ende Juni nur mit der Hälfte ihres Nennwertes gehandelt wurden. Die privaten Gläubiger sollen auf Forderungen von insgesamt 100 Milliarden Euro verzichten.

Der ermittelte Kapitalbedarf ergibt sich aus den Marktwerten europäischer Staatsanleihen und der bis Ende Juni 2012 vorgegeben harten Kernkapitalquote (Core Tier 1) von 9 Prozent. Dieser Kennziffer setzt das bei Verlusten sofort hafende Kernkapital (in der Regel Aktien und Gewinnrücklagen) zu den risikogewichteten Vermögenswerten wie Krediten oder Wertpapieren ins Verhältnis. Bis zum Jahresende müssen die Banken den nationalen Aufsichtsbehörden Pläne darüber vorlegen, wie sie die geforderte Kapitalquote erreichen wollen. Die meisten europäischen Banken wollen Gewinne einbehalten und Risikoaktiva abbauen. Bevor Staatshilfe in Anspruch genommen wird, müssen die Banken nach den EBA-Vorgaben zuerst Dividende und Boni streichen.

Vor allem der Abbau von Risikoaktiva zur Freisetzung von Kapital beunruhigt die Aufseher. Das österreichische EZB-Ratsmitglied Ewald Nowotny warnte diesbezüglich vor einer Kreditklemme. „Wir müssen sehr aufpassen, dass es nicht dazu kommt“, sagte er am Donnerstag in einem Radiointerview. „Die Termine sind sehr kurz. Das wird nicht einfach sein, wenn man sich ansieht, wie die Kapitalmärkte derzeit aussehen.“ Die erste von der EBA nahegelegte Möglichkeit, sich Kapital bei privaten Investoren zu

beschaffen, will bislang kein Institut nutzen, auch wenn am Donnerstag die Bankleihen in Reaktion auf die Beschlüsse des EU-Gipfels haussierten.



„Es ist eben klar, dass wir eine solche Ausweitung (des Rettungsfonds EFSF über einen Hebel, d. Red.) nicht wollen.“  
ECB-Chef und Bundeswirtschaftsminister Philipp Rösler am 29. September 2011

chung einiger Banken des Landes, deren Kapitalbedarf auf Basis des neuen Hilfspakets über 130 Milliarden Euro mit 30 Milliarden angenommen wird.

Von den 13 getesteten deutschen Banken weisen dem Vernehmen nach vier eine Kapitallucke auf: Die Commerzbank teile einen Kapitalbedarf von 2,9 Milliarden Euro mit, die Nord LB von 660 Millionen und die Landesbank Baden-Württemberg (LBBW) von 364 Millionen Euro. Die restlichen 1,2 Milliarden Euro würden somit auf die Deutsche

Bank entfallen, die sich aber dazu nicht äußerte. Die HSH Nordbank, Deka-Bank und DZ Bank teilten mit, dass bei ihnen kein Kapitalbedarf festgestellt worden sei. Auch die anderen getesteten Institute wie die WGB Bank, die HRE nach der Auslagerung von 10 Milliarden Euro an griechischen Staatsanleihen in die nicht getestete Abwicklungsanstalt FMS Wertpapiermanagement, die Helaba, die West LB, Bayern LB sowie die Landesbank Berlin dürfen keinen Bedarf haben. Allerdings wird der staatliche Bankrettungsfonds Soffin die sich durch den griechischen Schuldenschnitt auf rund 5 Milliarden Euro belaufenden Verluste der FMS Wertpapiermanagement decken müssen. Dafür wird Deutschland eine Anleihe begeben müssen (F.A.Z. vom 22. September).

Die Commerzbank will den Kapitalbedarf aus eigener Kraft decken. „Wir haben nicht vor, öffentliche Mittel in Anspruch zu nehmen“, sagte Finanzvorstand Eric Strutz. Die Commerzbank hatte im ersten Halbjahr 2011 rund 30 Milliarden Euro risikogewichteter Aktiva abgebaut. Um das EBA-Ziel von 9 Prozent Kernkapitalquote zu erreichen, müsste die Commerzbank nochmals in gleicher Größenordnung schrumpfen. Die Deutsche Bank hatte am Dienstag dargelegt, dass sie ohne Kapitalerhöhung und Staatshilfe die Hürde überwinden werde (vgl. F.A.Z. vom 26. Oktober). So würden Gewinne von 2,8 Milliarden Euro einbehalten. Ob die Nord LB ohne Hilfe ihrer Eigner die Kernkapitalquote auf 9 Prozent heben kann, ist fraglich.

Die französischen Großbanken wollen ihren Kapitalbedarf aus eigener Kraft vor allem über die Verkleinerung des Handelsbuchs – schaffen. BNP Paribas benötigt nach einer Mitteilung der Notenbank 2,1 Milliarden Euro, Société Générale

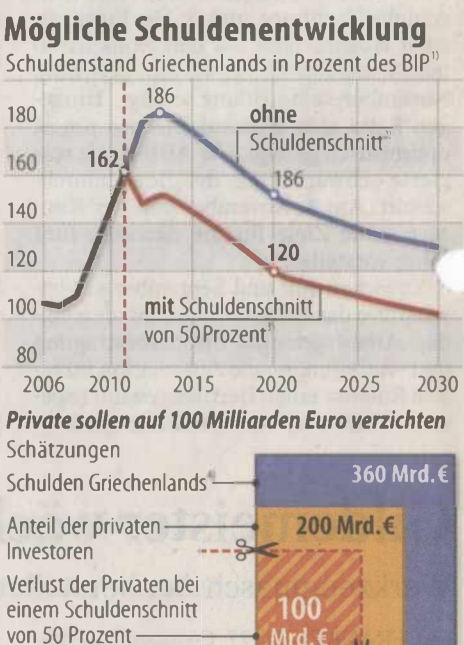
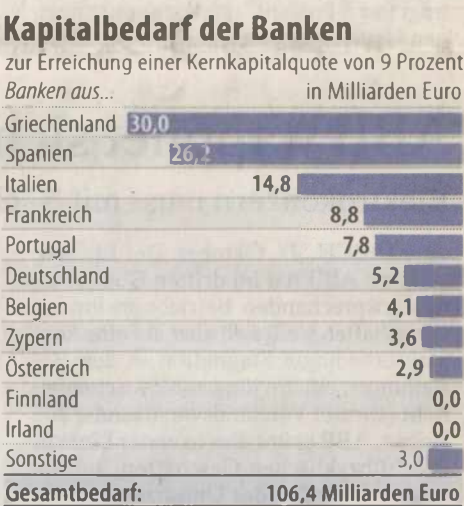
3,3 Milliarden und die von den Volksbanken und Sparkassen kontrollierte Natixis 3,4 Milliarden Euro. Keinen Kapitalbedarf hat der Crédit Agricole, obwohl er eine Tochterbank in Griechenland besitzt. Die spanische Santander benötigt nach eigenen Angaben 5,2 Milliarden Euro, wobei bereits platzierte Wandelanleihen von 8,5 Milliarden Euro als hartes Kernkapital berücksichtigt werden. Sie



„Keine Regierung, kein Staat kann eine Sonderbehandlung erwarten.“  
Jean-Claude Trichet, Präsident der Europäischen Zentralbank, am 15. Januar 2010

benötigt nach eigenen Angaben keine Kapitalerhöhung oder Dividendenkürzung. Die BBVA will die Lücke von 7,1 Milliarden Euro auch über die Streichung der Dividende schließen. Keine Aussagen machten die beiden italienischen Großbanken Unicredit und Intesa Sanpaolo. Der für die Banken des Landes festgestellte Kapitalbedarf von 14,8 Milliarden Euro verteilt sich auf fünf Institute. Die Analysten von Exane BNP Paribas schätzen den Kapitalbedarf der Unicredit auf 5 Milliarden Euro.

Auf dem Brüsseler Gipfeltreffen wurde bis in den frühen Morgen um einen Schuldenerlass für Athen gerungen. Nach zähen Verhandlungen mit den Banken wurde ein Schnitt von 50 Prozent verkündet. Manches Detail ist aber noch offen. Und die Sorge bleibt, ob die Lösung hält.



1) Troika: Szenarien von Oktober 2011. 2) Mit Krediten wird die Einhaltung des Anpassungsprogramms (des jüngsten EU-Gipfels). 3) Private Investoren sollen freiwillig griechische Anleihen umtauschen mit einem Abschlag von 50 Prozent. 4) Staatsschulden.  
Quellen: Europäische Kommission, Troika, IFA.  
F.A.Z. Grafik: Becker

## Die Nacht von Brüssel

Mittwoch, 14.44 Uhr: Der Bundestag stimmt über die „Stärkung“ des Euro-Rettungsfonds EFSF ab. Unmittelbar danach verlässt Angela Merkel den Bundestag. Ihr Abflug nach Brüssel steht bevor.

16.45 Uhr: Merkel kommt in Brüssel an. „Wir haben noch eine ganze Reihe von Problemen zu lösen“, sagt sie und verschwindet in die Vorgesprechungen.

17.24 Uhr: Nicolas Sarkozy fährt vor. Der französische Präsident geht sofort ins Ratsgebäude.

17.30 Uhr: Griechenlands Regierungschef Giorgos Papandreu steigt aus seiner grauen Limousine. Er spricht von europäischen Idealen: Kooperation der Länder, sozialer Zusammenhalt und Solidarität ohne Vorurteile.

17.52 Uhr: Silvio Berlusconi ist da. Der italienische Ministerpräsident schält sich aus dem Rücksturz seiner blauen Limousine. Er lächelt geistlich.

18.08 Uhr: Merkel schüttelt Hände, begrüßt ihre Kollegen.

18.14 Uhr: Der EU-Präsident Herman van Rompuy eröffnet die Sitzung der 27 EU-Mitgliedsstaaten.

19.35 Uhr: Die große Runde ist zu Ende. Die zehn Nicht-EU-Länder verabschieden sich und überlassen den 17 Euro-Staaten das Feld.

20.03 Uhr: Fredrik Reinfeldt, Schwedens Regierungschef, sagt: „Ich glaube nicht, dass es heute Nacht eine endgültige Lösung geben wird.“

20.48 Uhr: Das Treffen der Eurogruppe beginnt.

22.18 Uhr: Arbeitssessen.

23.15 Uhr: Pause. Die Gespräche sollen Mittnacht getrocknet werden.

Donnerstag, 0.00 Uhr: Merkel, Sarkozy und Juncker schalten sich in die Verhandlungen mit den Banken und Versicherern ein. Sie versuchen, die Finanzinstitute von einem möglichst hohen Schuldenschnitt für Griechenland zu überzeugen.

0.39 Uhr: Nach vier Stunden Verhandeln verbreiten sich Neuigkeiten: Auf die gigantische Summe von 1 Billion Euro hat Hebel-Resultat haben sich die Staats- und Regierungschefs geeinigt.

0.44 Uhr: Das Gipfeltreffen wird unterbrochen: Merkel, Sarkozy und IWF-Chef Christine Lagarde haben sich mit Ratspräsident Van Rompuy in dessen Büro zurückgezogen und verhandeln mit Banken und Papandreu. Für die Banken ist Charles Dallara vom Institute of International Finance (IIF) vertreten.

1 Uhr: Berlusconi meldet nach Rom, Merkel habe sich bei ihm für ihr Verhalten beim letzten Gipfeltreffen entschuldigt.

1.30 Uhr: Das Treffen wird fortgesetzt.

2.14 Uhr: Die Verhandlungen mit den Banken stocken. Deutschland droht angeblich damit, einen Schuldenschnitt für Griechenland notfalls auch zu erwirken. Frankreich, der IWF und die EZB sind strikt dagegen.

2.45 Uhr: Die Pendeldiplomatie zwischen Bankenvertretern und Staats- und Regierungschefs geht weiter.

3.20 Uhr: Genetische über den Abschluss der Verhandlungen machen die Runde.

3.23 Uhr: Einigung! Private Gläubiger wie Banken und Versicherer verzichten auf 50 Prozent ihrer Forderungen an Griechenland, das berichteten die Diplomaten beim Euro-Gipfel.

4.00 Uhr: Merkel vor der Presse: „Ich bin sehr zufrieden mit den Ergebnissen.“

4.23 Uhr: Sarkozy reist ab.

4.31 Uhr: Merkel sitzt in ihrer Limousine. Feierabend.

## Paris sieht einen Sieg Sarkozys

EZB-Intervention begrüßt / 1400 Milliarden Euro für EFSF

Die politische Führung Frankreichs hat am Donnerstag den entscheidenden Einfluss von Präsident Nicolas Sarkozy auf die Beschlüsse des Brüsseler Gipfels herausgestrichen. „Sarkozy hat Europa auf den Weg der Verantwortung geführt“, sagte der französische Finanzminister François Baroin in einem Radio-Inter-



„Eine Umschuldung griechischer Verbindlichkeiten ist absolut ausgeschlossen.“  
Christine Lagarde, damals französische Finanzministerin und heutige IWF-Chefin, am 11. Mai 2011.

view. In Regierungskreisen wurde betont, welche Maßnahmen Frankreich durchgesetzt habe: So werde der europäische Rettungsfonds EFSF „gehebelt“. Dadurch könne ein Rettungsvolumen nicht nur auf 100 Milliarden Euro, sondern maximal auf 1400 Milliarden Euro ausgebaut, heißt es im Finanzministerium. Wichtig sei auch, dass der künftige Präsident der Europäischen Zentralbank, Mario Draghi, den weiteren Aufbau von

Staatsanleihen angekündigt habe. Sarkozy hatte in dieser Woche mit Draghi telefoniert. „Zur Erklärung von Draghi ist es nicht zufällig gekommen“, ließ es in Kreisen der französischen Delegation.

Paris bedauert indes weiterhin, dass der EFSF keine Banklizenz erhält, wie es die französische Regierung vor dem Gipfeltreffen gefordert hatte. Dies würde den Zugang zu unendlicher EZB-Finanzierung ermöglichen. Deutschland hatte die Banklizenz abgelehnt. Wenn der jetzt beschlossene Weg scheiterte, könne man später vielleicht darauf zurückkommen, heißt es in Paris. „Man soll niemals nie sagen“. Doch vorerst müsse man sich auf die französisch-deutschen Gemeinsamkeiten konzentrieren.

Weil Präsident Sarkozy rund sechs Monate vor den Präsidentschaftswahlen nur schwache Umfrageergebnisse aufweist, richten sich die Blitze verstärkt auf den sozialistischen Gegenkandidaten François Hollande. Sein enger Berater, der ehemalige Finanzminister Michel Sapin, kritisierte die mögliche Einbeziehung Chinas. „Glauben Sie etwas, dass die Chinesen das ohne Gegenforderungen tun?“, fragte er. Sarkozy telefonierte am Freitag mit dem chinesischen Präsidenten Hu Jintao, ohne danach Konkretes zu kommunizieren.

Offen bleibt auch, wie Frankreich der Gipfel-Forderung nach einer „goldenen Haushaltsregel“ nachkommt. Die Sozialisten haben Sarkozys Vorschlag einer Verfassungsänderung abgelehnt. Jetzt bliebe für die Regierung der weniger verbindliche Weg der Gesetzgebung. Allerdings haben die Staaten bis Ende 2012 Zeit – deutlich nach den Präsidentschaftswahlen im Mai.

## Skepsis in Italien über Berlusconis Versprechen

Unternehmerverband: Positiv sind die klaren Termine

Italiens Ministerpräsident Silvio Berlusconi ist mit einem Brief über seine Reformpläne bei den Brüsseler Amtskollegen auf ein besseres Echo gestoßen als in Italien erwartet worden war. In Italien ist der Inhalt des Briefes mit deutlich mehr Skepsis aufgenommen worden. Berlusconi habe wieder einmal vie-



„Die Länder der Europäischen Union einzuteilen in Geber- und Nehmerländer ist eine Unart.“  
Jean-Claude Juncker, luxemburgischer Premierminister und Vorsitzender der Euro-Gruppe, am 10. Oktober

le Versprechungen gemacht, doch das sei schon so oft passiert und habe nie konkrete Folgen gehabt, heißt es in den Reihen der Opposition und in den Medien. Der Generaldirektor des Unternehmer- und Arbeitgeberverbandes Confindustria, Giampaolo Galli, kann Berlusconi Text aber auch eine Reihe positiver Aspekte abgewinnen: „Wichtig in dem Brief sind die konkreten Termine, die genannt werden, mit Fristen von

Ende November oder maximal acht Monaten“, sagt Galli. Ohne diese Daten würde er das Dokument als wertlos erachten, doch nun könne nach dem angegebenen Termin die EU-Kommission in Italien überprüfen, ob die Regierung etwas unternommen habe.

Aus der Sicht des Unternehmerverbandes ist wichtig, dass der Ministerpräsident noch einmal das Ziel eines ausgeglichenen Haushalts für 2013 bekräftigt und im Fall von Haushaltslücken automatische Korrekturen versprochen. Zugleich wertet Galli die versprochenen Reformen, wenn sie verwirklicht würden, als nützlich für langfristiges Wachstum. Der Unternehmerverband hätte sich aber auch Maßnahmen gewünscht, die sofort wirken, wie etwa eine sofortige Senkung von Lohnnebenkosten, und im Gegenzug sogar Unterstützung für die Einführung einer begrenzten Vermögenssteuer wie in der Schweiz angeboten, sagte Galli.

Das angekündigte Paket von Berlusconi enthält dennoch zahlreiche Reformen, die Confindustria immer wieder genannt hatte, etwa die Ankündigung von Liberalisierungen für freie Berufe oder den Handel, die Privatisierung von öffentlichen Immobilien oder von Versorgungsunternehmen. Zu polemischen Diskussionen zwischen Regierung und Gewerkschaften hat die Ankündigung geführt, man werde künftig den Unternehmen in wirtschaftlicher Notlage auch betriebliche Kündigungen erlauben. Diese waren bisher in Italien ausgeschlossen. Für mehr Effizienz und Mobilität im öffentlichen Dienst soll auch für dessen Mitarbeiter in Kurzarbeit geschickt werden können.

„Auch in Koalitionskreisen gab es Vorbehalte zu bedenken, dass sich durch diese Absicherung für die Banken das EFSF-Volumen für andere Zwecke verringere.“

Auf den deutschen Steuerzahler könnte jedoch durch die Gipfel-Vereinbarungen real eine neue Belastung hinzukommen. Denn auf den staatlichen deutschen Bankrettungsfonds Soffin kommt nach dem griechischen Schuldenschnitt wegen der rund 10 Milliarden Euro an griechischen Staatsanleihen in der Abwicklungsanstalt FMS Wertpapiermanagement ein Verlust von rund 5 Milliarden Euro zu. Diesem Betrag hatte Soffin-Leiter Christopher Pleister in einem Gespräch mit dieser Zeitung nicht widersprochen (F.A.Z. vom 22. Oktober). Für die von der verstaatlichten HRE abgesplante Abwicklungsanstalt hat der Soffin einen Verlust von 5 Milliarden Euro ausgleichen kann, muss Deutschland eine Anleihe begeben, deren Erlös an den Soffin weitergeleitet wird.

„Im die verlange gegangene Schuldenschnitt, die Fähigkeit Griechenlands wiederzuerlangen, soll die griechische Staatsschuld von derzeit 165 Prozent des Bruttoinlandsprodukts bis 2020 auf 120 Prozent gedrückt werden. Dafür sollen die privaten Investoren auf 50 Prozent des Nennwerts der von ihnen gehaltenen griechischen Staatsanleihen verzichten. Im Juli waren 21 Prozent des Nominalwerts veräußert worden. Der private Beitrag erhöht sich also beträchtlich. Die Umschuldung soll über einen Anleihenumschuss erfolgen.“

Welchen Beitrag leistet die öffentliche Hand?

Die Euro-Staaten wollen mit dem neuen Schuldenschnitt mit bis zu 30 Milliarden Euro absichern. Mit diesem Betrag sollen private Anleger entschädigt werden, wenn sie auch ihre neuen, umgeschuldeten Anleihen abschreiben müssten.

Nach dem Schuldenschnitt wie skizziert zu Stande, will die öffentliche Hand zu-



Brüsseler Momente: Angela Merkel und Nicolas Sarkozy (oberes Bild links) zeigen sich Seite an Seite – doch hinter den Kulissen wurde hart um die Lastenverteilung gerungen. Zerknirschte Miene bei Italiens Ministerpräsident Silvio Berlusconi (rechtes Bild links), Griechenlands Ministerpräsident Giorgos Papandreu (rechts) schließt etwas optimistischer. Der Chef der Eurogruppe Jean Claude Juncker legt ihm aufmunternd die Hand auf die Schulter.

Fotos AFP (2), Bloomberg, ddp, dpa, Matthias Lüscke (2), Reuters, Claus Setzer

# Hoffentlich nicht von Athen nach Rom

Der griechische Schuldenschnitt ist der wichtigste Beschluss von Brüssel / Es bleiben aber Baustellen. Von Werner Mussler

dem eine Finanzierung von etwa 100 Milliarden Euro für ein zweites Griechenland-Programm bereitstellen. Es soll an die Stelle des im Juli vereinbarten Programms von 109 Milliarden Euro treten. Finanziert werden soll es aus Mitteln des Krisenfonds EFSF.

Stehen die Details der Einigung mit den Privatlägern schon fest?

Nein. Die Euro-Staaten sind offiziell keine Verhandlungspartner. Die griechische Regierung verhandelt (unter Vermittlung einiger Euro-Finanzstaatssekretäre) mit ihren Gläubigern. Diese waren bislang in erster Linie durch den internationalen Bankenvorstand IIF vertreten. Dessen Präsident Josef Ackermann ließ nach dem Brüsseler Treffen wissen, er sei „sehr zufrieden“ mit der Einigung. Das deutet darauf hin, dass die IIF-Mitglieder im Grundsatz hinter dem Forderungsvorzeichen stehen. Griechenland hat aber noch andere Privatlägiger. Die Euro-Staaten haben allen Privaten freilich mehr oder weniger offen mit Zwang gedroht, sodass eine umfassende Zustimmung wahrscheinlich ist.

Wie viel Zeit ist bis zum Abschluss des neuen Griechenland-Pakets?

Auf der Grundlage der neuen Finanzierungszusagen muss mit Athen ein neues Hilfsprogramm ausgehandelt werden, welche das bisherige ablöst. Es muss auf realistischen Annahmen beruhen als das alte. Zeit dafür ist bis Jahresende.

Ist auch die Europäische Zentralbank, die griechische Anleihen in größerem Umfang aufgekauft hat, von dem Schuldenschnitt betroffen?

Nein. Eingebunden sind nur „echte“ private Gläubiger. Dazu zählen Banken

und Versicherungen, allerdings auch die deutschen Landesbanken.

Wie hoch sind die Forderungen dieser privaten Gläubiger an Athen?

Genau lässt sich das nicht sagen. Im Raum stehen Schätzungen von etwa 200 Milliarden Euro. Davon halten griechische Banken und Pensionsfonds etwa ein Viertel. Demenfalls der Rest – etwa 25 Milliarden Euro – müssen im wesentlichen vom Krisenfonds EFSF getragen werden.

Trägt der Internationale Währungsfonds (IWF) auch zum zweiten Griechenland-Programm bei?

Das ist offen. Die Staats- und Regierungschefs rufen den Fonds dazu auf. Die Geschäftsführende Direktorin des IWF, Christine Lagarde, äußerte sich zwar lobend zu den Brüsseler Beschlüssen, nahm zu einer weiteren IWF-Beteiligung aber keine Stellung.

Ist der Weg für die Auszahlung der nächsten Kredittranche für Griechenland von 8 Milliarden Euro jetzt frei?

So gut wie. Lagarde hat dem IWF-Direktorium die Zustimmung aber empfohlen.

Was wurde zu Griechenland noch beschlossen?

Die internationale Überwachung des Staatshaushalts soll weiter verstärkt werden. Die Troika aus IWF, EZB und EU-Kommission soll künftig de facto dau-

ernd vor Ort sein, um die Umsetzung der Spar- und Reformprogramme dauernd zu überprüfen.

Der Krisenfonds EFSF hat mit der Ratifizierung seines Rahmenvertrags zusätzliche Kompetenzen erhalten. Welche davon werden sofort eingesetzt werden?

Wahrscheinlich wird der EFSF schnell damit beginnen, Anleihen auf dem Primär- und Sekundärmarkt aufzukaufen. Die EZB will sich aus dem Anleihenkauf möglichst zurückziehen. Spekuliert wurde darüber, ob Italien schon bald präventive Kreditlinien eingeräumt bekommt. Benötigt wird der EFSF für die indirekte Bankenkapitalisierung (durch Kredite an die betroffenen Staaten). Auch für die griechischen Banken wird der EFSF gebraucht.

Die geplante „Hebelung“ des EFSF-Volumens hat für Aufregung im Bundestag gesorgt. Was wurde dazu nun beschlossen?

Es gibt laut Schlusskommuniké zwei Optionen „zur Vervielfachung der Finanzmittel“ der EFSF. Beide kommen ohne eine Erhöhung des bestehenden EFSF-Garantierahmens aus und sollen die hohe Bonität des Fonds nicht beeinträchtigen. Die eine besteht in einer Absicherung von Neuemissionen auf dem Primärmarkt, die andere in der Gründung von einer oder mehreren Zweckgesellschaften, in denen Mittel von privaten und öffentlichen Investoren

kombiniert werden sollen. Welche privaten Investoren größer einsteigen, ist noch offen.

Haben die Staats- und Regierungschefs Beschlüsse zur genauen Ausgestaltung der Hebelung getroffen?

Nein. Im Kommuniké heißt es, der EFSF werde über „ausreichende Flexibilität“ verfügen, um beide Optionen „je nach Ziel und Umständen“ gleichzeitig verwenden zu können.

Wie hoch ist das Finanzierungsvolumen, das durch die EFSF-Hebelung erreicht werden kann?

Das hängt von mehreren Variablen ab, die alle noch nicht feststehen. Nach übereinstimmenden Schätzungen stehen aber vom EFSF-Gesamtumfang etwa 250 bis 280 Milliarden Euro zur Verfügung. Die Hebelwirkung hängt davon ab, zu welchem Prozentsatz der EFSF das Investment privater oder ausländischer Investoren absichert. Das wiederum hängt jeweils von der Marktlage ab.

Nein. Das Schlusskommuniké ist zwar von politisch motiviertem Lob für die Pläne von Ministerpräsident Silvio Berlusconi gekennzeichnet. Mehrere Staats- und Regierungschefs haben aber klar gemacht, dass Ankündigungen nicht ausreichen. Italien hat ausdrücklich vor verschärfter Beobachtung nicht nur der Märkte, sondern auch der anderen Euro-Staaten.

Die Euro-Staaten wollen als Konsequenz aus der Krise enger zusammenarbeiten. Was planen sie?

Der Euro-Gipfel hat zehn Maßnahmen zur Verbesserung der wirtschaftlichen Steuerung beschlossen. Sie sind vor allem institutioneller Natur. Der „Euro-Gipfel“ – also die Treffen der Staats- und Regierungschefs der 17 Euro-Staaten – soll künftig mindestens zweimal jährlich stattfinden. Sein Präsident wird künftig gleichzeitig mit dem Ständigen Ratspräsidenten gewählt. Der derzeitige Amtsinhaber Herman Van Rompuy soll bis zum Ablauf seiner jetzigen Amtszeit beiden Gremien vorstehen. Ob der Euro-Gipfel auf Dauer einen Vollzeit-Präsidenten mit Sitz in Brüssel erhält, ist noch offen. Der Präsident des Euro-Gipfels, der Rats- und der Kommissionspräsident treffen sich künftig mindestens einmal monatlich, der EZB-Präsident kann dazu eingeladen werden.

Wie ist die Rekapitalisierung der Banken geregelt?

Siehe den Artikel auf der linken Seite.

Welche Rolle spielt die EZB künftig im Euro-Krisenmanagement?

Das ist letztlich ihre Sache; schließlich ist sie unabhängig. Im Brüsseler Schlusskommuniké ist auf deutschen Druck ein ursprünglich eingeplanter Satz entfernt worden, wonach die Euro-Staaten begrüßen, dass die EZB ihre „unkonventionel-

